

DIE LINKE. Ortsverband Lippstadt

Programm zur Stadtrats- und Bürgermeisterwahl am 13. September 2020

# **Für ein solidarisches Lippstadt**

**Teilhabe für alle. Armut bekämpfen. Das Klima schützen!**



Beschlossen von der Mitgliederversammlung  
am 2. Juni 2020

KAPITEL	ÜBERSCHRIFT	SEITE
AKTUELLES VORWORT	Entschlossen und solidarisch gegen Corona	3
UNSERE ERFOLGE	DIE LINKE wirkt. Es bleibt noch viel zu tun.	4
KOMMUNALE SCHWERPUNKTE	Für ein solidarisches Lippstadt	4-5
BUNDESPOLITIK	Für ein sozial gerechtes Land	5-6
<b>Kapitel 1: SOZIALES</b>	<b>In Lippstadt soll es sozial gerecht zugehen!</b>	<b>6-11</b>
	• EINLEITUNG	6-8
	• BILDUNG, KULTUR UND SPORT: BEZAHLBAR FÜR ALLE	8-9
	• FAMILIENPASS ZUM SOZIALPASS AUSBAUEN	9
	• BERATUNG UND SOZIALARBEIT	9-10
	• PFLEGE UND GESUNDHEIT	10-11
	• FRIEDEN STATT FLUCHT	11
<b>Kapitel 2: SPORT</b>	<b>Für ein breites Sportangebot in Lippstadt</b>	<b>11-12</b>
<b>Kapitel 3: BILDUNG</b>	<b>Gute Bildung für alle!</b>	<b>13-15</b>
	• EINLEITUNG	13
	• KINDERTAGESSTÄTTEN	13-14
	• SCHULEN	14-15
<b>Kapitel 4: KULTUR</b>	<b>Kunst und Kultur sind Ausdruck der gesamten Stadtgesellschaft</b>	<b>15-16</b>
<b>Kapitel 5: WOHNEN</b>	<b>Bezahlbares Wohnen für alle!</b>	<b>17-18</b>
<b>Kapitel 6: ENERGIE</b>	<b>Saubere und bezahlbare Energie für alle!</b>	<b>18-19</b>
<b>Kapitel 7: VERKEHR</b>	<b>Verkehr - ökologisch und sozial!</b>	<b>19-22</b>
<b>Kapitel 8: ALTSTADT</b>	<b>Altstadt mit Qualität: Lebendig und attraktiv!</b>	<b>22</b>
<b>Kapitel 9: STADTENTWICKLUNG</b>	<b>Sozial-ökologische Stadtentwicklung</b>	<b>23</b>
<b>Kapitel 10: UMWELT</b>	<b>Gesunde Umwelt in einer grünen Stadt an der Lippe</b>	<b>23-24</b>
	• EINLEITUNG	23
	• ARTENSCHUTZ	23-24
	• STEINGÄRTEN	24
	• ABFALL, ABWASSER & LUFTVERSCHMUTZUNG	24
	• HAUSTIERE	24
<b>Kapitel 11: VERWALTUNG</b>	<b>Politik &amp; Verwaltung: Dienstleistung für die Menschen</b>	<b>25-28</b>
	• Bürgerbeteiligung	25
	• Demokratie geht vom Volke aus	25
	• Transparente Politik	25-26
	• Nie wieder Faschismus!	26
	• Demokratische Beteiligung in Gremien	26
	• Aufwandsentschädigungen	26
	• Verwaltung	26-27
	• Stadthaus	27
	• Digitalisierung	27
	• Feuerwehr	27
	• Geschlechtergerechtigkeit	28
	• Stadtmarketing	28
	• Sicherheit	28
<b>Kapitel 12: FINANZEN</b>	<b>Für eine kommunale Finanzpolitik, die den Menschen dient</b>	<b>29-31</b>
<i>Fußnoten, Quellen</i>		32-33

**Entschlossen und solidarisch gegen Corona**

*DIE LINKE kämpft dafür, dass niemand zurückgelassen wird: Für jeden Menschen muss gleiche soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe gesichert werden. Dies gilt erst recht in Zeiten der Corona-Krise.*

*Es zeigt sich jetzt, wie falsch die herrschende Politik des Abbaus von Krankenhausbetten, von Pflegepersonal, von zu geringen Löhnen und der profitorientierten Privatisierung im Gesundheitswesen waren. Seit Jahren betreibt DIE LINKE eine - zu wenig beachtete - Pflegekampagne. Es braucht mehr Personal und einen deutlich höheren Pflegemindestlohn!*

*Geschlossene Schulen und Kinderbetreuung, ausfallende Schulspeisung, gefährdete Arbeitsplätze und Existenzen von Selbstständigen und trotzdem müssen Miete, Strom, Gas und Wasser weiter bezahlt werden und Lebensmittel auf den Tisch. Bund, Länder und Kommunen müssen alles dafür tun das Auskommen der Menschen zu sichern.*

*Verdienstauffälle und Mehraufwand muss kompensiert werden. Familien und Alleinerziehende, unsicher Beschäftigte, Niedriglohneempfänger\*innen und Erwerbslose, von Armutsrenten betroffene Menschen oder das Kleingewerbe sind besonders gefährdet. Mieten dürfen nicht steigen! Obdach- und Wohnungslosigkeit muss beendet werden! Stromsperrungen müssen unterbleiben! Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld I und II sowie das Kurzarbeitergeld müssen erhöht werden und länger gezahlt werden. Der Betrieb der Kindertagesstätten ist zu sichern und die Elternbeiträge für ausgefallene Betreuung sind zu erstatten. Das Einkommen von Honorarkräften der Volkshochschule und der Musikschule ist zu sichern.*

*Es muss gewährleistet sein, dass Tavernen, Mittagstische und ähnliche Einrichtungen während der Corona-Krise weiter arbeiten können, von denen wir uns eigentlich wünschen, dass sie in einem reichen Land wie unserem unnötig werden, weil niemand mehr bedürftig ist.*

*Wir danken den Pflegekräften, Ärzt\*innen, Erzieher\*innen, Krisenstäben, Verkäufer\*innen, Lkw-Fahrer\*innen und allen anderen Helferinnen und Helfern, die durch ihren Einsatz die Gesellschaft in diesen Zeiten am Laufen halten. Viele von ihnen haben mehr Anerkennung und Vergütung verdient. Die Tarifverträge im Einzelhandel müssen allgemeinverbindlich gelten!*

## **DIE LINKE wirkt. Es bleibt noch viel zu tun.**

### **Ohne uns gäbe es mehr soziale Kälte in Lippstadt:**

- Die Ausleihgebühr für Kinder in der Bücherei wurde auf Initiative der LINKEN wieder abgeschafft.
- Die Erhöhung der Elternbeiträge bekam mehrfach knapp keine Mehrheit. Wir haben den Unterschied gemacht. Ohne unsere Stimmen wären die Elternbeiträge erhöht worden.
- Ohne unser jahrelanges Mahnen und Beantragen wären die Elternbeiträge für Geschwisterkinder nicht abgeschafft worden.
- Die Einkommensgrenze beim Familienpass wurde nach 10 Jahren Nichtstun endlich angepasst und Empfängerinnen und Empfänger von Wohngeld und BAföG einbezogen.
- Auf Vorschlag der LINKEN wurde ein Verfahren zur Vermeidung von Stromsperren bei Sozialhilfe- und Hartz-IV-Empfänger\*innen eingeführt.
- Ohne unsere Stimmen wären die Straßenbaubeiträge nicht so deutlich gesenkt worden.
- Das Bürgerpalais am Markt bleibt städtischer Museums-Standort.

Wir freuen uns, dass DIE LINKE mit nur 2 von 50 Ratsmitgliedern diese Erfolge erreichen konnte. Trotzdem sind es teils nur kleine Korrekturen und wir wollen mehr erreichen. Dafür bitten wir um Ihre Stimme! Danke.

## **Für ein solidarisches Lippstadt**

Die Schwerpunkte der LINKEN für die Lippstädter Kommunalpolitik in der nächsten Wahlperiode sind:

**Bildung soll gebührenfrei sein!** Elternbeiträge sollen abgeschafft werden. In einem ersten Schritt sollten die Elternbeiträge für die unterste beitragspflichtige Einkommensgruppe bis 31.000 Euro abgeschafft werden. Erhöhungen der Elternbeiträge für Kita, Ganztagschule etc. lehnen wir ab.

**Für unsere Kinder!** Sämtliche öffentlichen Bildungsangebote und Leistungen sollen allen Kindern unabhängig von ihrem sozialen Status kostenlos zur Verfügung gestellt werden (kostenfreie Schulspeisung, Lernmittelfreiheit etc.). Für Kinder soll es volle Freiheit von Gebühren und Eintrittspreisen bei kommunalen Angeboten geben.

**Familienpass ausbauen!** Alle Menschen sollen unabhängig vom Geldbeutel am öffentlichen Leben teilhaben können. Kultur, Bildung und Sport soll für Familien und einkommensschwache Menschen ermäßigt oder kostenfrei sein. Wir wollen den Familienpass zum Sozialpass ausbauen: Das heißt, alle mit einem geringen Einkommen wie Rentner\*innen und Geringverdiener\*innen sollen künftig den Familienpass bekommen können (auch ohne Leistungsbezieher\*in zu sein). Die Einkommensgrenzen wollen wir so anpassen, dass mehr Familien und Alleinerziehende einbezogen werden.

**Zweite Gesamtschule für Lippstadt!** Es ist und bleibt ein Skandal, dass jedes Jahr rund 70 Kinder an der Städtischen Gesamtschule abgewiesen werden und keinen Platz bekommen. Es müssen ausreichend Gesamtschulplätze geschaffen werden. Wir fordern die Einrichtung einer zweiten Gesamtschule!

**Bezahlbares Wohnen für alle!** Es müssen ausreichend Neubaugebiete ausgewiesen werden und Lücken geschlossen werden. DIE LINKE will preisgünstiges Bauland und Mieten. Es ist deutlich

mehr sozialer, kommunaler und genossenschaftlicher Wohnungsbau nötig. Die Erhöhung der Grundsteuer B lehnen wir ab.

**Wir brauchen eine sozial-ökologische Mobilitätswende**, die alle Menschen mitnimmt und unser Klima schützt. Fuß- und Radverkehr, Bus & Bahn müssen deutlich attraktiver werden. Wir wollen den Ausbau des Stadtbusses abends, am Wochenende und für die Ortsteile. Es soll ein kreisweites 365-Euro-Ticket (Monatskarte 30 Euro) und Sozialticket für den ÖPNV (Monatskarte 15 Euro ohne Abo-Zwang) geben. Den nahezu autofreien Bereich der Altstadt wollen wir ausweiten und die Querverkehre über die Lange Straße reduzieren. Mehr Tempo 30 zum Schutz der Anwohner\*innen! Die Südtangente über das Uniongelände muss endlich kommen!

**Wir wollen CO<sub>2</sub>-Neutralität durch den Ausbau regenerativer Energien!** Die Stadtwerke sollen regenerative Energieerzeugung vor Ort und in der Region vorantreiben. Sie sollen ausschließlich hochwertigen Öko-Strom anbieten. Wir wollen soziale Stromtarife, die Haushalte mit wenig Verbrauch sowie mit kleinen und mittleren Einkommen entlasten.

**Kultur muss einen höheren Stellenwert bekommen!** Wir wollen kulturelle Einrichtungen wie das Stadtmuseum und die Stadtbücherei erhalten und stärken. Kunst und Kultur sollen mehr gefördert und nicht vernachlässigt werden. Wir brauchen ein Bürger- und Kulturzentrum in der Kernstadt für die heimischen Szene: Kultur von den Bürger\*innen für die Bürger\*innen.

**Lippstadt nicht kaputtsparen!** Für die Jahre ab 2020 plant die Stadt mit tiefroten defizitären Haushalten. Es drohen Kürzungen. Mit Ihrer Stimme für DIE LINKE leisten Sie dagegen Widerstand: Kürzungen bei Bildung, Sozialem und Kultur müssen tabu sein! Wir wollen gute Schulen, Kindertagesstätten, Straßen, Radwege, Sporthallen und kulturelle Einrichtungen. Wir wollen eine leistungsfähige moderne Stadtverwaltung, die nicht in Überstunden ertrinkt. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Erzieherinnen und Erzieher, Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen leisten wichtige Arbeit und brauchen gute Arbeitsbedingungen.

## Für ein sozial gerechtes Land

Bei Bundestagswahlen hat DIE LINKE regelmäßig viel bessere Wahlergebnisse als bei Kommunalwahlen. Ohne die Partei vor Ort und kommunalpolitische Verankerung ist DIE LINKE und ihr Kampf für grundlegende Veränderungen nicht möglich.

Mit Ihrer Stimme für DIE LINKE bei der Kommunalwahl stärken Sie auch deren bundespolitischen Forderungen. In Deutschland soll es gerechter zugehen! [1]

DIE LINKE will:

- den Mindestlohn auf 13 Euro erhöhen,
- sichere, gute Arbeitsverhältnisse statt unfreiwilliger Teilzeit, Minijobs, Befristung, Leiharbeit und Werkverträgen,
- in der Einkommensteuer die unteren und mittleren Einkommen entlasten,
- eine Solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle, auch Selbstständige, Freiberufler\*innen und Beamt\*innen, einzahlen statt Zwei-Klassen-Medizin,
- eine Solidarische Pflegevollversicherung, in die alle einzahlen und die alle pflegebedingten Kosten abdeckt,

- dass das Arbeitslosengeld I länger gezahlt wird und die Ansprüche darauf schneller erworben werden,
- dass die Hartz-IV-Regelsätze umgehend deutlich erhöht werden,
- eine bedarfsgerechte und sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV,
- dass das Rentenniveau auf 53 Prozent erhöht wird, statt es immer weiter abzusenken,
- dass in die Rentenkasse alle Erwerbstätigen einzahlen sollen – also auch Beamt\*innen, Freiberufler\*innen, Selbstständige, Manager\*innen und Politiker\*innen,
- die Rente erst ab 67 abschaffen, (Jede und jeder muss wieder spätestens ab 65 Jahren in Rente gehen können. Wer 40 Jahre Beiträge gezahlt hat, soll bereits ab 60 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen können.)
- dass niemand weniger als 1.200 Euro netto im Monat hat – darunter droht Armut.

### Kapitel 1:

## In Lippstadt soll es sozial gerecht zugehen!

Das Leben in Lippstadt verändert sich durch eine fortschreitende soziale Spaltung in Reich und Arm, in „Besserverdienende“ und Menschen, die für Niedriglöhne arbeiten müssen oder erwerbslos sind.

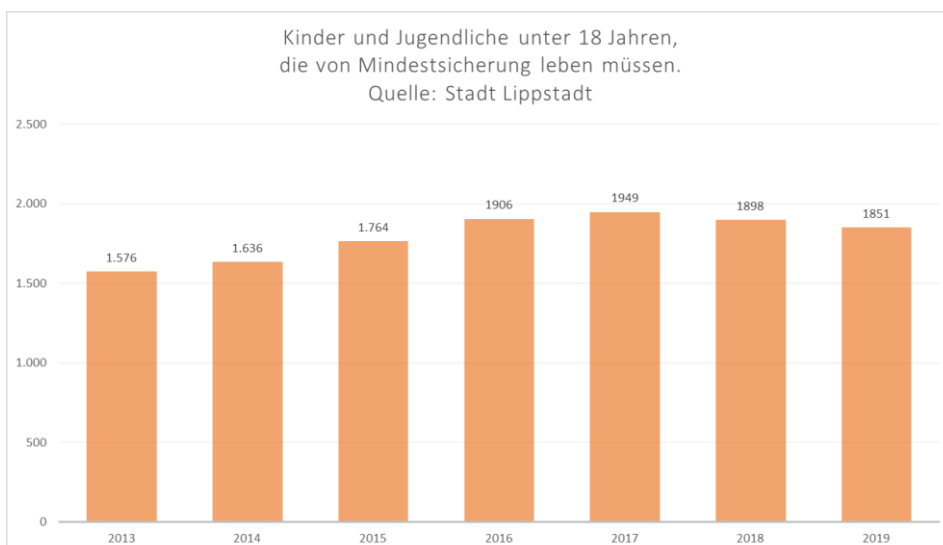
DIE LINKE kämpft dafür, dass in Lippstadt niemand in die soziale Isolation gedrängt wird: Für jeden Menschen muss gleiche soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe gesichert werden.

Wir wollen bezahlbaren Zugang für alle Menschen zu Bildung, Kultur, Sport, Wohnen, Mobilität und Energie. Wir wollen Zwangsumzüge und Stromsperren vermeiden, ein günstiges Sozialticket einführen und soziale Stromtarife.

### Kinderarmut nimmt zu

Es ist ein Skandal, dass in Lippstadt jedes sechste Kind arm ist, weil es von Grundsicherung leben muss. Die Zahl der armen Kinder hat seit 2010 um 40 % zugenommen [2]. Rund 1.850 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Lippstadt müssen von Sozialhilfe leben. Das ist ein untragbarer Zustand.

Für die Ernährung von Kindern unter 6 Jahren sind beispielsweise im Hartz-IV-Regelsatz lediglich 2,92 Euro täglich vorgesehen [3]. Das reicht nicht für eine gesunde Ernährung.

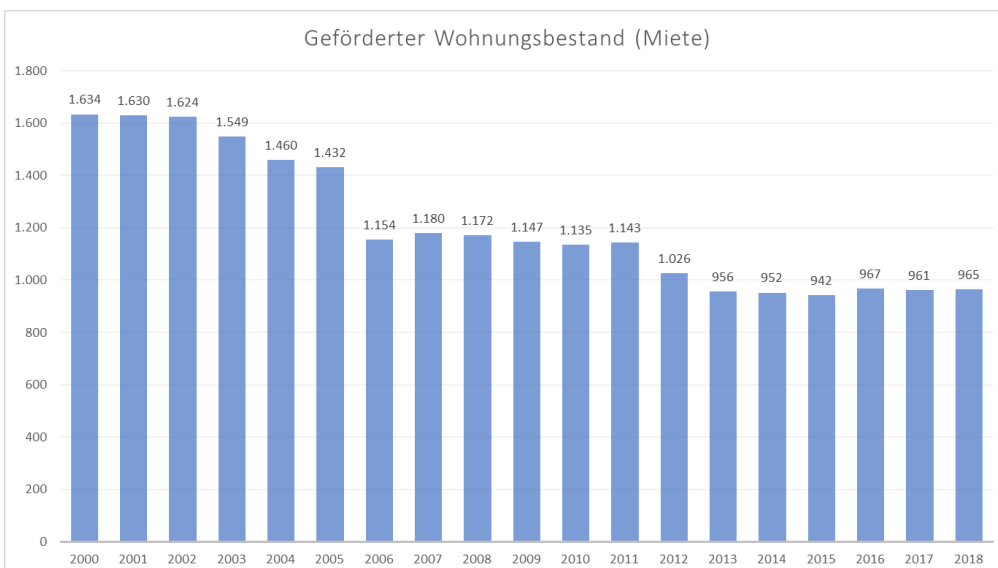
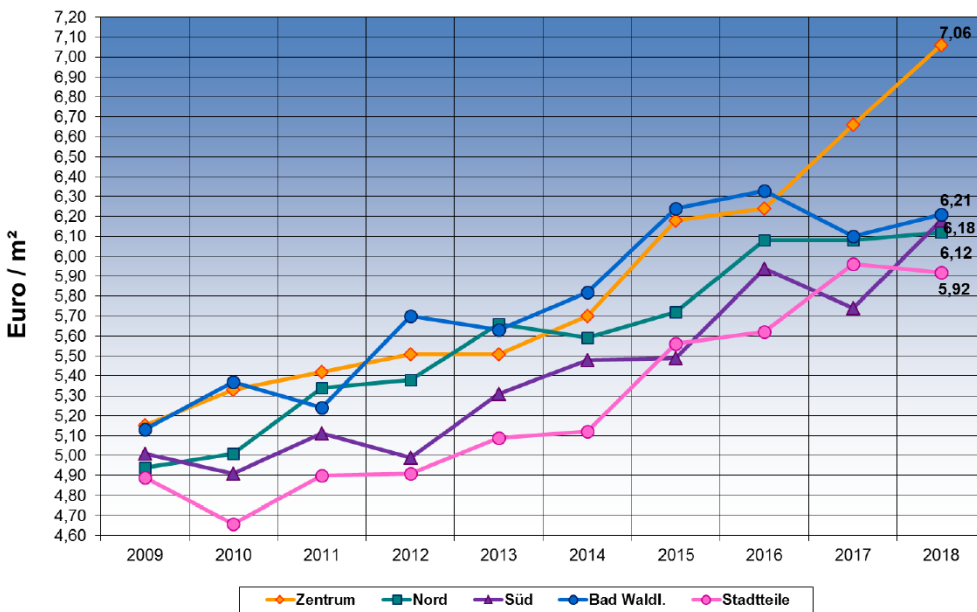


**Mieten explodieren**

Wir nehmen es nicht hin, dass bei Neuvermietungen die Mieten in Lippstadt um rund 20 Prozent und im Zentrum um rund 40 Prozent angestiegen sind (2009-2018). [4]

Es darf nicht so bleiben, dass die Zahl der mietpreisgebundenen Wohnungen von 1.500 (Jahr 2003) auf unter 1.000 gesunken ist (seit dem Jahr 2013). Es droht ein weiterer Rückgang der Sozialwohnungen. [4]

Durchschn. Mietpreise in Euro/m<sup>2</sup> bei Neuvermietungen in Stadtbezirken (2009 – 2018)



Quelle: Wohnungsmarktberichte der Stadt Lippstadt  
<https://www.lippstadt.de/leben-in-lippstadt/wohnen/wohnungsmarktbericht/>

### **Niedriglöhne sind Normalität geworden**

Es ist nicht fair, dass jede\*r fünfte Vollzeitbeschäftigte\*r nur Niedriglöhne erhält, und mindestens die Hälfte der angebotenen offenen Stellen Leiharbeit und Befristung sind. Lebens- und Familienplanung wird immer schwieriger.

Viele Menschen sind arm trotz Arbeit: 30 Prozent der Hartz-IV-Bezieher\*innen sind zusätzlich zum Hartz-IV-Bezug erwerbstätig („Aufstocker\*innen“).

### **Immer mehr Armut**

Wir nehmen es nicht hin, dass die Armutsquote im Kreis Soest seit 2016 stark angestiegen ist.

Zuletzt war jede\*r siebte Mensch arm (14,7 Prozent 2018). [5]

Die SGB-II-Quote lag in den letzten Jahren im Kreis Soest immer über 7 Prozent. [5]

45 % der Haushalte in Lippstadt haben ein niedriges Einkommen unter 25.000 Euro pro Jahr. [6]

### **Arbeitslosigkeit wird versteckt**

Wir nehmen es nicht hin, dass in Lippstadt über 2.500 Menschen offiziell erwerbslos sind, davon rund 900 Langzeitarbeitslose. Die offizielle Arbeitslosenquote liegt in Lippstadt mit 6,4 % vergleichsweise hoch (Stand: Februar 2020). [7]

Doch die offiziellen Arbeitslosenzahlen werden schön gerechnet und sind in Wirklichkeit noch höher. Insbesondere kranke und ältere Arbeitslose oder die, die an einer Weiterbildung teilnehmen, werden nicht als arbeitslos gezählt. Richtig gerechnet sind 3,32 (und nicht 2,40) Millionen Menschen in Deutschland erwerbslos. Im Kreis Soest sind es rund 12.000 (statt 9.000) Menschen. Die tatsächliche Arbeitslosenquote im Kreis Soest beträgt 6,8 statt angeblichen 5,3 % (Stand: Februar 2020). [7]

DIE LINKE kämpft bundespolitisch für gute Renten, gute Arbeit, gute Absicherung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit sowie eine Kindergrundsicherung. Es muss z. B. gelten: Gute Renten statt Flaschen-Sammeln! Armut ist aber auch - hier und jetzt - durch die Kommunalpolitik abzumildern. Wir warten nicht bis zu einem sozialen Politikwechsel auf Bundesebene.

Durch Unterstützung der Stadt ist sicherzustellen, dass an Bedürftige kostenlos warme Mahlzeiten und gesunde Lebensmittel abgegeben werden. Secondhand-Waren, Schenkläden, Offene Bücherschränke, Sperrmüllbörsen, Tafeln, Foodsharing, Refill (kostenlose Abgabe von Leitungswasser in mitgebrachte Trinkgefäße) und Repair-Cafés können ein Beitrag zum Umweltschutz und zur Armutsbekämpfung sein. Die Give-Box in der Cappelstraße bei der KIA („Keiner ist allein“ e. V.) und die Pfand-Ringe an den Mülleimern in der Altstadt haben wir vorgeschlagen.

### **BILDUNG, KULTUR UND SPORT: BEZAHLBAR FÜR ALLE**

DIE LINKE kämpft für bezahlbaren Zugang für alle Menschen zu kulturellen Veranstaltungen, ins Schwimmbad, in die Volkshochschule, ins Theater, in die Musik- und Malschule, zu Sportveranstaltungen und in die Stadtbücherei. Verteuerungen lehnen wir ab.

Dass Kinder in der Stadtbücherei Ausleihgebühren bezahlen müssen, wurde auf unsere Initiative wieder abgeschafft. Mit Ausnahme von Gebühren für Anmeldung und mögliche Versäumnisgebühren sollen alle Menschen die Thomas-Valentin-Stadtbücherei kostenfrei nutzen können. In ersten Schritten sollte die Nutzung für alle Kinder, Jugendlichen, Studierenden und einkommensschwachen Menschen kostenfrei sein. Unser Ziel ist: Kostenfreie Inanspruchnahme von Stadtbücherei, Ausstellungen und Stadtmuseum für alle!



Die Eintrittskarten von freien Plätzen im Theater werden kostenlos an Grundsicherungsempfänger\*innen abgegeben. Dieses Angebot muss bekannter gemacht werden.

Sämtliche öffentlichen Bildungsangebote und Leistungen sollen allen Kindern unabhängig von ihrem sozialen Status kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Für Kinder soll es volle Freiheit von Gebühren und Eintrittspreisen bei kommunalen Angeboten geben.

Beim Schwimmbad CabrioLi sollen die Rabattmöglichkeiten für alle (etwa Zehnerkarte und Saisonkarte wieder einführen) und die Ermäßigung für Familienpassinhaber verbessert werden. Kindern soll besonders günstig (zum Beispiel für 1 Euro) oder (zeitweise im Sommer) kostenlos der Eintritt gewährt werden. Kinder mit Familienpass zahlen im Kombibad CabrioLi den 3- bis 4-fachen Preis wie früher im Frei- und Hallenbad. Wir finden uns damit nicht ab.

Die „Initiative Vereinssport“ nach dem Vorbild der Stadt Iserlohn, wo die Stadt für jedes Kind, das eingeschult wird, ein Jahr den Beitrag für einen Sportverein übernimmt, wollen wir auch für Lippstadt.

#### FAMILIENPASS ZUM SOZIALPASS AUSBAUEN

Wir wollen den Lippstädter Familienpass erhalten und ausbauen. Er bietet Ermäßigungen für Familien und Alleinerziehende bis zur Einkommensgrenze sowie für Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe und Hartz IV. Es ist gut, dass seit 2018 auch BAföG- und Wohngeld-EmpfängerInnen und -Empfänger den Familienpass bekommen können.

DIE LINKE will, dass möglichst alle mit einem geringen Einkommen wie Rentner\*innen oder Niedriglohneempfänger\*innen in den Genuss des Familienpasses kommen. In anderen Städten wie Wuppertal, Lüdenscheid, Detmold oder Ratingen bekommen auch Menschen mit einem Einkommen bis etwas oberhalb der Sozialhilfesätze einen Sozialpass. Jede\*r zweite einkommensschwache Rentner\*in [8] beantragt keine Grundsicherung und bekommt ohne Leistungsbezug keinen Familienpass. Als Voraussetzung dafür, den Lippstädter Familienpass zu bekommen, sollte künftig ein geringes Einkommen ausreichen. Deshalb will DIE LINKE den Familienpass zu einem Sozialpass ausbauen.

Die Einkommensgrenzen des Familienpasses für Menschen mit Kindern sind nach über 10 Jahren Stillstand 2018 angepasst worden. DIE LINKE fordert eine weitere Anpassung, so dass mehr Familien und Alleinerziehende einbezogen werden.

Die Ermäßigungen, die der Familienpass bei Volkshochschulkursen, Kulturveranstaltungen, Musikschule etc. bietet, wollen wir erhalten und ausweiten. Es soll darum geworben werden, dass mehr (private) Einrichtungen Ermäßigungen nach Vorlage des Familienpasses gewähren.

Der Familienpass bietet bisher 50 Prozent Ermäßigung. DIE LINKE will, dass Familien und Menschen mit geringem Einkommen ermäßigter oder kostenloser Zugang zu kommunalen Einrichtungen wie Bücherei, Volkshochschule, Theater und Schwimmbad ermöglicht wird. Für Kinder soll es volle Freiheit von Gebühren und Eintrittspreisen geben.

#### BERATUNG UND SOZIALARBEIT

Wir wollen ein leistungsfähiges Angebot an kommunalen und freien Beratungsangeboten für Überschuldete, Verbraucher\*innen, Mieter\*innen, Obdach- und Wohnungslose, Erwerbslose, prekär

Beschäftigte, Pflegebedürftige und Angehörige, Senioren, Drogengebrauchende und Suchtmittelabhängige.

DIE LINKE ist für den Ausbau der Jugend- und Familienhilfe sowie der Hilfe für junge Eltern und Alleinerziehende. Wir wollen mehr Jugendzentren, Jugenderholungsmaßnahmen, Jugendsozialarbeit, Streetworker\*innen und den Ausbau sozialer Stadtteilarbeit unter Berücksichtigung von Migrant\*innen und Geflüchteten.

Kinder und Jugendliche brauchen Freiräume, die sie mitgestalten können, und nichtkommerzielle Spiel-, Sport- und Freizeitgelegenheiten.

Ehrenamtliches Engagement ist durch die Stadt zu fördern und anzuerkennen. Die Leistungen der Ehrenamtskarte sollen verbessert werden. Die Lippstädter Rose als besondere Auszeichnung für das Ehrenamt wollen wir beibehalten.

## PFLEGE UND GESUNDHEIT

Die Pflegeangebote in Tagespflege, betreutem Wohnen, Heimen, Senioren-Wohngemeinschaften und Mehrgenerationenhäusern sind auszubauen und zu verbessern. Es soll kommunale Pflegedienste geben. Wir brauchen ein gutes Netz aus Begegnungsstätten sowie Mehrgenerationentreffpunkten für Jung und Alt sowie Hilfesuchende.

Das Kreisgesundheitsamt gehört in die Altstadt und nicht nach Lipperbruch. Es ist ärgerlich, dass sich die Ratsmehrheit mit dem Kreis unnötig um die Miete gestritten hat und das Gesundheitsamt somit nicht ins neue Stadthaus einziehen wird.

Wir sind für die kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln wie Kondomen durch Beratungsstellen und deren Kostenübernahme durch die Kommunen.

Der Beirat des LWL-Zentrums für Forensische Psychiatrie ist ein wichtiges Instrument zur Beteiligung und Information der Öffentlichkeit etwa über das Sicherheitskonzept und Behandlungsansätze. Für die Anwohner\*innen muss die Sicherheit gewährleistet sein.

Den Risiken und negativen Auswirkungen des Drogenkonsums kann man mit Mitteln des Strafrechts und der Kriminalisierung von Konsument\*innen in keiner Weise effektiv begegnen. Die Strafverfolgung der Drogenkonsumierenden muss beendet werden!

DIE LINKE tritt ein für eine akzeptanzorientierte Drogenpolitik und die Legalisierung von Cannabis für Erwachsene. DIE LINKE ist für die staatlich kontrollierte Abgabe, den Anbau von Cannabis zum eigenen Gebrauch und lokale Modellprojekte zur kontrollierten Cannabisabgabe.

Substitutionsbehandlung muss im Kreis Soest flächendeckend gewährleistet sein. Aktuell führt in Lippstadt nur ein Arzt Substitutionsbehandlung durch. Beim Kreisgesundheitsamt sind Stellen zu schaffen, um die Drogensatztherapie sicher zu stellen. Die diskriminierende Sonderbehandlung und Sanktionierung von Substitutionspatient\*innen muss abgestellt werden. Vertraulichkeit, freie Arzt- und Medikamentenwahl muss gewährleistet sein.

Zu einer humanen und rationalen Drogenpolitik gehören neben Präventions- und

Informationsangeboten vor allem niedrigschwellige, therapeutische und lebenspraktische Hilfen für Abhängige. Wir schlagen die Einrichtung eines Runden Tisches vor, an dem Drogenberatung, Behörden, Selbsthilfeorganisationen, Ärzt\*innen und Patient\*innen ins Gespräch kommen, um Verbesserungen zu erreichen.

Wir wollen den städtischen Vertrag für die Außenwerbung so ändern, dass nicht mehr für Tabak und Alkohol geworben werden kann.

## FRIEDEN STATT FLUCHT

Für DIE LINKE ist die Bundeswehr weiterhin eine Verteidigungsarmee und darf keine weltweite Interventionstruppe werden. Wir sind gegen die Beschäftigung von Minderjährigen bei der Bundeswehr. Wichtig ist uns, dass die Stadt aktiv darauf hinweist, dass der Datenweitergabe vom Einwohnermeldeamt an die Bundeswehr widersprochen werden kann. Die Bundeswehr sollte keinen Zugang zu Schulen und Ausbildungsmessen haben. Wir wollen keine öffentlichen Gelöbnisse.

Die Militär- und Rüstungsausgaben sollen im Bundeshaushalt weiter deutlich steigen. Dieses Geld fehlt vor Ort etwa bei Investitionen in Bildung, Arbeit und Infrastruktur.

Eine Folge der deutschen Rüstungsexporte und der Kriege in der Welt trifft ebenfalls die Kommunen direkt: Menschen aus Kriegsgebieten verlieren ihre Heimat und suchen Schutz und die Möglichkeit, bei uns zu leben. Die geflüchteten Menschen und ihre Familien in unseren Städten aufzunehmen, ist ein Gebot der Menschlichkeit. DIE LINKE fordert Frieden statt Flucht! Weniger Rüstung und keine Waffenexporte!

Die Unterbringung von Geflüchteten soll in Wohnungen statt in Notunterkünften stattfinden. Es muss genug für die Integration getan werden und ausreichend Deutschkurse geben. Die Stadt soll vorhandene Duldungsmöglichkeiten konsequent nutzen, um Abschiebungen von zum Teil voll integrierten oder hier aufgewachsenen Geflüchteten zu verhindern!

Auf Antrag des Lippstädter Netzwerks für Frieden und Solidarität und der LINKEN (unabhängig voneinander) hat der Rat beschlossen, dass sich Lippstadt zum "Sicheren Hafen" erklärt [9]. Die humanitäre EU-Seenotrettung im Mittelmeer soll wieder aufgenommen werden und eine gesamteuropäische Lösung zur Aufnahme der Flüchtlinge vereinbart werden.

## **Kapitel 2:**

### **Für ein breites Sportangebot in Lippstadt**

Ziel städtischer Sportpolitik muss der Erhalt und Ausbau wohnortnaher Sportstätten sein, die für alle barrierefrei zugänglich sind. Das Sportstätten-Angebot ist so auszubauen, dass es für den Breiten- und Vereinssport, die Schulen und die Hochschule ausreicht. Die Dreifachsporthalle am Evangelischen Gymnasium hätte früher gebaut werden können.

Sportanlagen wie Sporthallen, Sportplätze und Schwimmbäder müssen den Schulen und Vereinen, aber auch vereinslosen Sporttreibenden etwa von Freizeit- und Betriebsmannschaften, in

ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen.

DIE LINKE will ein breites Sportangebot durch die Förderung der Einrichtung und des Erhalts von Anlagen und Flächen auch für neue Sportarten und Trendsportarten wie Skaten, Parkour oder Surfen auf stehender Welle ("Lippstädter Welle").

Der Zugang zu öffentlichen Sportstätten muss jedem Menschen möglich sein. Der Familienpass soll finanzschwachen Menschen ermöglichen, Sportveranstaltungen zu besuchen und Sport zu treiben.

Beim Schwimmbad CabrioLi sollen die Rabattmöglichkeiten für alle (etwa Zehnerkarte und Saisonkarte wieder einführen) und die Ermäßigung für Familienpassinhaber verbessert werden. Kindern soll besonders günstig (zum Beispiel für 1 Euro) oder (zeitweise im Sommer) kostenlos der Eintritt gewährt werden. Kinder mit Familienpass zahlen im Kombibad CabrioLi den 3- bis 4-fachen Preis wie früher im Frei- und Hallenbad. Wir finden uns damit nicht ab.

Die „Initiative Vereinssport“ nach dem Vorbild der Stadt Iserlohn, wo die Stadt für jedes Kind, das eingeschult wird, ein Jahr den Beitrag für einen Sportverein übernimmt, wollen wir auch für Lippstadt.

Die Nutzungsentgelte für städtische Sportanlagen für den Vereinsbreitensport und Vereinstrainingsbetrieb sollen wieder abgeschafft werden.

Transparente, kommunale Sportentwicklungs- und Investitionspläne sowie Förderrichtlinien für die Sportvereine, die gemeinsam mit den Vereinen bzw. dem Stadtsportverband erarbeitet werden, müssen obligatorisch sein. Vereine und Projekte mit hohen Anteilen von Kindern, Jugendlichen, Migranten und einkommensschwachen Menschen sind besonders zu fördern.

Wir sind für die Förderung von Fanprojekten in Kooperation mit den entsprechenden Sportvereinen zur Gewaltprävention und Begleitung. Sozialarbeit darf sich jedoch nicht auf den Spieltag beschränken, muss lebensweltorientiert und wohnortbezogen sein.

Ultras und aktive Fangruppen sind das Salz in der Suppe. Sie machen Stimmung und engagieren sich gegen Rassismus, sie kämpfen gegen Kommerzialisierung und Kollektivstrafen.

### **Kapitel 3: Gute Bildung für alle!**

Unsere Vision ist: Es gibt wohnortnah für alle Kinder kostenlose Plätze in gut ausgestatteten Kitas und Schulen im Ganztage. Kitas und Grundschulen sind inklusiv und integrativ und fördern alle Kinder. Sie sind Orte des Zusammenlebens und der Mitbestimmung sowie aktiver Teil des gesellschaftlichen Miteinanders. Es werden ausreichend Lehrer\*innen und Erzieher\*innen ausgebildet und in den öffentlichen Schulen und Kitas gut bezahlt.

Bildung soll nicht nur Wissen, sondern auch Werte wie Solidarität und Völkerverständigung vermitteln. Wir sind der Meinung, eine umfassende Bildung fördert nicht nur die persönliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen, sondern bildet zugleich die Basis für die gesellschaftliche Teilhabe und ist Teil des Kampfes gegen soziale Ungleichheit. Um eine gerechte Bildung zu garantieren, sind stetig Investitionen in den Bereichen Schulbau, Personal sowie Materialien notwendig. Schulen und Kindertagesstätten sind in erster Linie eine öffentliche und kommunale Aufgabe. Private Träger ergänzen das Angebot.

Gebührenfreie und qualitativ hochwertige Bildung für alle Kinder und Jugendlichen muss eine Selbstverständlichkeit sein! Armut der Eltern darf nicht länger ein Bildungshemmnis für die Kinder sein. Bildung muss für alle gebührenfrei sein, von der Kita bis zur Uni und Weiterbildung.

#### **KINDERTAGESSTÄTTEN**

Der bedarfsgerechte Ausbau der Kita- und U3-Betreuung muss weitergehen. Eltern brauchen Arbeitszeiten, die vereinbar sind mit Familie und Kindererziehung. Die Öffnungszeiten der Kitas sind für (berufstätige) Eltern flexibel zu gestalten. Dies darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten in den Kitas geschehen. Es werden mehr qualifizierte und gut bezahlte Erzieher\*innen benötigt. Ergänzungskräfte sollen fair bezahlt werden.

Kitas brauchen ausreichend große Räumlichkeiten mit Spiel- und Ruhebereichen. Die Personalbemessung muss so sein, dass Erzieher\*innen Zeit haben für Vor- und Nachbereitung, Aufräumen, Putzen oder um einen Tee zu kochen. Sprachförderung, Impfstatus prüfen, individuelle Wünsche für jedes Kind (z. B. Ernährung) etc. dürfen nicht überfordern. Das Abdecken der verschiedenen Betreuungszeiten ist eine betriebliche Herausforderung, für die die räumlichen und personellen Voraussetzungen vorhanden sein müssen.

Kita-Leitung macht sich nicht nebenher: Kita-Leitungen brauchen ausreichend Stellenanteile und Zeit für ihre Organisations-Aufgaben.

Wir brauchen kindgerechte Kitas mit Spielen und Ruhezeiten, mit Bildung und der Pflege der sozialen Kontakte der Kinder.

DIE LINKE tritt ein für eine kostenlose und gesunde Essensversorgung für alle Kinder in der gebührenfreien öffentlichen Kindertagesbetreuung.

Wir wollen die Abschaffung von Elternbeiträgen landesweit. Solange dies nicht realisiert ist, sollen die Elternbeiträge in Lippstadt sozialer gestaltet werden. Die Einkommensgrenze für Elternbeiträge soll angehoben werden, so dass weniger Eltern Beiträge zahlen müssen. Zunächst soll die unterste Gruppe, die bisher beitragspflichtig ist (25.000 bis 31.000 Jahreseinkommen), entfallen.

Nachdem DIE LINKE es immer wieder gefordert hat, sind die Elternbeiträge für Geschwisterkinder ab 1. August 2019 abgeschafft worden. Dies gilt übergreifend für die Offene Ganztagschule, Schule von acht bis eins, Kindertageseinrichtung und Kindertagespflege. Nur das erste Kind ist beitragspflichtig.

## SCHULEN

DIE LINKE will, dass alle Lernmittel, Bücher, Tablets etc. für den Schulunterricht für Schüler\*innen kostenfrei sind.

"Zusätzlichen Ausgaben" während des Schuljahres dürfen einkommensschwachen Eltern nicht aufgebürdet werden. Abgaben wie Kopiergeld sind eigentlich freiwillig und sollten nicht erhoben werden. Für weitere Materialien muss die Stadt einen Fonds für Lehr- und Lernmittel zur Verfügung stellen, damit Schüler\*innen die Peinlichkeiten der Offenbarung von Armut nicht erleiden müssen. Auch Klassenfahrten sind so allen zu ermöglichen.

Das Schulmittagessen ist für alle Kinder, die ein Anrecht nach dem Bildungs- und Teilhabepaket haben, sicherzustellen. Mit einem Spendenfonds für das Schulessen wurde sich bisher beholfen. Unser Ziel ist kostenlose Schulspeisung für alle Schüler\*innen.

DIE LINKE fordert kostenfreie musische Förderung von Kindern von Leistungsbezieher\*innen über das Bildungs- und Teilhabepaket und andere Projekte, wie den Kulturrucksack, hinaus. Übungsinstrumente sollen mietfrei leihweise zur Verfügung gestellt werden.

Es ist und bleibt ein Skandal, dass jedes Jahr rund 70 Kinder an der Städtischen Gesamtschule abgewiesen werden und keinen Platz bekommen. Es müssen ausreichend Gesamtschulplätze geschaffen werden! Das Recht der Eltern auf Schulplanung nach ihren Wünschen darf nicht länger mit Füßen getreten werden. DIE LINKE hat immer darauf gedrängt, ausreichend Gesamtschulplätze zu schaffen etwa durch Erhöhung der Zügigkeit, eine weitere Gesamtschule oder die Umwandlung weiterführender Schulen in eine Gesamtschule. Wir schlagen vor, eine Realschule in eine Gesamtschule umzuwandeln und dass diese mit dem Ostendorfgymnasium kooperiert.

Durch Gesamtschulen bekommen mehr Kinder ohne Gymnasialempfehlung Zugang zu besserer Bildung, Förderung und erreichen höhere Abschlüsse. Zudem wird Abschulung vermieden und die Kinder werden nicht auseinandergerissen. Ein Hindernis für die Gründung einer zweiten Gesamtschule in Lippstadt ist, dass ein Drittel der Schüler\*innen die Gymnasialempfehlung haben sollen. Diese Vorgabe muss deshalb gelockert werden.

DIE LINKE setzt sich für die grundlegende Reform des Bildungssystems ein. Um soziale Ungleichheit zu bekämpfen, fordern wir eine Schule für ALLE als Ganztagschule. Das gegliederte Schulsystem wollen wir abschaffen. Fördern statt Auslesen! Individuelles Lernen statt Frontalunterricht!

DIE LINKE will:

- kostenlose Bildung und volle Lernmittelfreiheit,
- kostenlose, gesunde Schulspeisung,
- keine Benachteiligung oder Diskriminierung von Kindern aus einkommensschwachen Haushalten,
- ausreichend Gesamtschulplätze durch Schaffung einer zweiten Gesamtschule, in der bestehende Schulen aufgehen (z. B. Umwandlung einer Realschule),
- hundertprozentigen gebundenen Ganztagsunterricht ohne Hausaufgaben,



- wohnortnahe Grundschulstandorte auch in den Ortsteilen erhalten z.B. als Zweigstelle,
- kleine Klassen insbesondere in Grundschulen mit vielen sozial und/oder bildungsbenachteiligten Kindern,
- Schulsozialarbeit erhalten und ausbauen,
- einen Schul- und Kita-Gesundheitsdienst, in dem Fachkräfte Kinder mit gesundheitlichen Problemen unterstützen, bei Entwicklungshindernissen präventive Maßnahmen nach Beratung und Hilfestellung für die Eltern einleiten,
- bessere Förderung und mehr Integrationshelfer\*innen (Inklusion ist nur mit viel mehr Personal umsetzbar. Solange das nicht gesichert ist, ist es falsch, Förderschulen zu schließen.)
- Verbesserung des baulich-technischen Zustands aller Bildungseinrichtungen,
- keine Container und Provisorien, sondern intakte Schulbauten,
- auch OGS-Angebote (Offene Ganztagschule) brauchen einwandfreie Räumlichkeiten,
- gute tarifliche Bezahlung in der OGS auch für Ergänzungskräfte,
- gleich gute Bedingungen für Personal und Schüler\*innen an privaten Schulen wie an öffentlichen Schulen.

#### **Kapitel 4:**

### **Kunst und Kultur sind Ausdruck der gesamten Stadtgesellschaft**

*Kultur sollen sich alle leisten können. Unsere Positionen dazu finden Sie in den Abschnitten Teilhabe und Familienpass auf den Seiten 8 bis 9.*

Kultur muss einen höheren Stellenwert bekommen! Wir wollen kulturelle Einrichtungen und Angebote fördern, erhalten und stärken. Ein vielfältiges und buntes Kulturleben existiert nicht nur durch die städtische KWL (Kultur und Werbung Lippstadt GmbH) und kommunale Angebote, sondern auch durch zahlreiche Lippstädter Institutionen, Vereine der freien Kulturszene, Gruppen und Einzelpersonen.

Die freie Kulturszene muss ausreichend finanziell gefördert werden. Wir haben uns beispielsweise dafür eingesetzt, Kürzungen beim Kunstverein zurück zu nehmen. Der Kunstverein leistet mit der Malschule für Kinder wertvolle Arbeit.

Off-Kultur ist eine Vielzahl an funkelnden Lichtern in einer Stadt. Sie bildet die Alternative zur etablierten Hochkultur. Die Stadt soll die lokale Off- und Subkultur stärker in den Blick nehmen und fördern. Ateliers, Kreativwerkstätten, Ausstellungsräume, Proberäume für Musiker und Freiflächen für Graffiti müssen gesichert, gefördert oder bereitgestellt werden. Wir wünschen uns, dass freie Häuserwände und Stromkästen künstlerisch gestaltet werden.

Lippstadt braucht ein Kultur- und Bürgerzentrum in der Kernstadt für die heimische Szene: Kultur von den Bürger\*innen für die Bürger\*innen. Es soll ein lebendiger Ort für kleine Konzerte, Kunst oder Seminare werden. Gruppen können sich dort kostenlos oder für kleines Geld, ohne Verzehrzwang und behindertengerecht treffen können.

Stadtverwaltung und Wirtschaftsförderung sollen sich nicht nur um weniger Leerstände beim Einzelhandel kümmern, sondern sich um Ersatz bemühen, wenn private Clubs wie „Werkstatt“ und „Don“ schließen.

Kommunale Einrichtungen, das Stadttheater, die Volkshochschule, die Conrad-Hansen-Musikschule, das Stadtmuseum, die Thomas-Valentin-Stadtbücherei und das Stadtarchiv sind zu

erhalten und müssen kontinuierlich attraktiv gestaltet werden. Das Wortfestival und der Synchronsprecherpreis sollen erhalten und weiterentwickelt werden.

Die Thomas-Valentin-Stadtbücherei verfügt über tolle Räumlichkeiten. Sie sollten besser genutzt werden: Wir wünschen uns verlässliche Öffnungszeiten, regelmäßig Lesungen und Veranstaltungen in der Bücherei und der Alten Kapelle sowie mehr analoge und digitale Medien inklusive Onleihe und Streaming. DIE LINKE schlägt eine Befragung der Nutzer\*innen vor und die Prüfung der Gründung eines Fördervereins.

Das Stadtmuseum darf nicht länger vernachlässigt werden. Bis Ende 2017 gab es keine Museumsleitung. Gebäude und Ausstellung sind in keinem guten Zustand. Das Stadtmuseum braucht ausreichende, zeitgemäße und barrierefreie Räume, um die die breit gefächerte Sammlung unter anderem mit archäologischen Funden aus der Frühgeschichte, der bäuerlichen Lebens- und Arbeitswelt sowie der Stadtgeschichte endlich zeitgemäß kuratiert präsentieren zu können. Das Palais Rose am Markt ist als Teil des Stadtmuseums im städtischen Besitz zu halten und zu sanieren. Es muss erweitert werden, um den barrierefreien Zugang zu ermöglichen und zusätzliche zeitgemäße Ausstellungsräume zu schaffen. In dem Zuge sollte auch der Marktplatz neugestaltet werden.

Die Gebäude Hospitalstraße 46 und 46a, wo auch das Museumsdepot eingerichtet wird und Ursprünge der Hella liegen, wollen wir einer kulturellen Nutzung zuführen.

Die Sanierung des Stadttheaters war insbesondere aus Brandschutzgründen notwendig. Die Umgestaltung des Foyers mit mehr Barrierefreiheit, Aufzug und Behindertentoilette begrüßen wir. Problematisch finden wir, dass Rollstuhlfahrer\*innen nach dem Umbau nur noch seitlich der Bühne und in den letzten Reihen Platz finden.

Kunst im öffentlichen Raum ist zu katalogisieren, und es ist ein Konzept für die Aufstellung von Kunst im öffentlichen Raum zu erarbeiten. Es muss vermieden werden, dass Künstler Kunstwerke für den öffentlichen Raum spenden und von dieser Spende aufgrund der Lippstädter Bürokratie wieder zurücktreten. Das beschlossene langwierige Verfahren mit Beteiligung von Gestaltungsbeirat und Schul- und Kulturausschuss ist ein Bürokratiemonster und soll abgeschafft werden.

Nie wieder Faschismus! Erinnerungskultur ist uns wichtig. Auf Initiative der LINKEN geht die Wiederanbringung einer Gedenktafel in der Hospitalstraße 46/46a (Außenkommando des KZ Buchenwald) zurück. Im Dezember 2019 hat der Rat unseren Antrag beschlossen, in Lippstadt "Stolpersteine" [10] zu verlegen, um an ermordete Jüdinnen und Juden zu erinnern. Es ist gut, dass in Lippstadt keine Straßen mehr nach Rassisten und Faschisten benannt sind. Mitglieder der LINKEN nehmen jedes Jahr am Gedenken an die von den Nazis 1945 ermordeten deutschen und französischen Zwangsarbeiter der Union-Werke teil.

Auch positive Erinnerungskultur und die Würdigung der Stadtgeschichte sind uns wichtig: Von Bernhard II. zur Lippe über Martin Niemöller bis Thomas Valentin und viele weitere noch zu unbekannte Persönlichkeiten - auch weibliche! - und ihre Geschichten.



## Kapitel 5: Bezahlbares Wohnen für alle!

DIE LINKE will bezahlbares Wohnen für alle. Der Verteuerung der Mieten und Baulandpreise muss entgegengewirkt werden. Es müssen mehr mietpreisgünstige Wohnungen gebaut werden!

Die Mietpreise für Neuvermietungen steigen allgemein an. Wir nehmen es nicht hin, dass bei Neuvermietungen die Mieten in Lippstadt um rund 20 Prozent und im Zentrum um rund 40 Prozent angestiegen sind (2009-2018). Wohnungen - und ganz besonders günstige und kleine Wohnungen - sind in Lippstadt Mangelware. (Siehe Diagramme auf Seite 7.)

Der Wohnungsbestand im geförderten Wohnungsbau ist seit vielen Jahren rückläufig. 2003 hatten wir noch 1.500 geförderte Mietwohnungen in Lippstadt. 2018 waren es nur noch 965. DIE LINKE will eine Sozialquote für den Wohnungsbau von 30 Prozent für Lippstadt. Um ein Niveau von 1.000 belegungs- und preisgebundenen Mietwohnungen zu halten, müssten laut Verwaltung jährlich 22 Wohnungen zum Bestand hinzukommen. Das ist das Mindeste, das passieren muss! Ab dem Jahr 2023 verlieren sehr viele Sozialwohnungen die Mietpreisbindung. [4, 11]

DIE LINKE fordert,

- die Ausweisung von genug Neubaugebieten,
- mehr sozialen Wohnungsbau und dauerhafte Preisbindung,
- mehr kommunalen Wohnungsbau,
- mehr genossenschaftlichen Wohnungsbau,
- preisgünstiges Bauland für Familien,
- ausreichend bezahlbare Wohnungen für Singles und Studierende schaffen,
- mehr Wohnungen für einkommensschwache Menschen und Familien,
- mehr behindertengerechten und seniorengerechten Wohnraum,
- Förderung von bezahlbarem Wohnen in Senioren-Wohngemeinschaften und Mehrgenerationenhäusern,
- dauerhafte Vorhaltung von mietpreisgünstigem Wohnraum durch die städtische GWL,
- Neubaugebiete vorrangig durch die Stadt und die städtische GWL zu entwickeln,
- soziale und ökologische Kriterien sollen bei allen Baugebieten gelten, auch wenn sie von privaten Investoren entwickelt werden,
- Klimabonus für Neubauten, die beispielsweise erneuerbare Energien nutzen,
- neue Wohnbauflächen mit sozialem Wohnungsbau sollen an den öffentlichen Personennahverkehr angeschlossen sein,
- Verhinderung von Ghettoisierungen von Teilen der Bevölkerung,
- günstiger Wohnraum durch städtisches Planungsrecht schützen und erweitern,
- Instrumente wie städtebauliche Verträge, Vorkaufsrecht, Baugebote und Erbbaurecht nutzen,
- Verkauf oder Verpachtung von Grundstücken nur mit Bauverpflichtung,
- ausreichende Boden- und Bauland-Bevorratung,
- Baulücken, Leerstände und verträgliche Nachverdichtungsmöglichkeiten nutzen,
- Möglichkeiten wie Zweckentfremdungssatzung, Leerstandskataster und Baulückenkataster nutzen,
- Leerstände und Baulücken umlegen oder enteignen,
- einen wirksamen Mietendeckel per Gesetz: Die kommunalen Mietspiegel müssen sich an den Bestandsmieten orientieren und nicht an den Abschlüssen der letzten Jahre,
- Angemessenheitsgrenzen für die Kosten der Unterkunft (Grundsicherung) so an die Mietenentwicklung anpassen, dass Zwangsumzüge vermieden werden.

Den Baustellenverkehr über provisorische Baustraßen abzuwickeln sollte ergebnisoffen geprüft werden. Verkehrskonzepte für den Baustellenverkehr müssen mit den Anwohner\*innen abgestimmt werden.

Wohnen wird in Lippstadt durch eine zu hohe Grundsteuer B verteuert. DIE LINKE hat bisher immer gegen die Erhöhung der Grundsteuer B gestimmt. Wir haben stattdessen beantragt, sie (auf den vom Land festgelegten fiktiven Hebesatz) zu senken.

Wir sind dafür, die neue Grundsteuer C künftig in Lippstadt zu nutzen, um unbebaute, baureife Grundstücke mit einem erhöhten Steuersatz zu belegen und den Wohnraumbedarf künftig schneller zu decken.

DIE LINKE steht an der Seite der Mieter\*innen, damit energetische Sanierungen ohne steigende Wohnkosten erfolgen, Luxussanierungen und ungerechtfertigte Mietensteigerungen unterbleiben.

Die Beratungs- und Unterstützungsangebote für Menschen, die von Wohnungs- oder Obdachlosigkeit betroffen sind, sind auszuweiten. Es muss gute Unterbringungsmöglichkeiten für Wohnungslose geben. Mit "Housing First" werden Obdachlosen Wohnungen vermittelt, um nachhaltig Obdachlosigkeit zu beenden. Nach dem Einzug in eine eigene Wohnung sind begleitende ambulante Hilfen wie zur Haushaltsführung bedarfsgerecht anzubieten und vorzuhalten.

## **Kapitel 6:**

### **Saubere und bezahlbare Energie für alle!**

Wir wollen CO<sub>2</sub>-Neutralität durch den Ausbau regenerativer Energien vor Ort.

DIE LINKE hat im Rat „JA!“ zum Klimanotstand [12] gesagt. Die Klima- und Umweltpolitik, die wir wollen, ist sozial, ökologisch und am 1,5 Grad-Ziel [13] orientiert.

DIE LINKE setzt auf dezentrale Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen wie Windkraft und Solarenergie in der Hand der Bürger\*innen und der kommunalen Stadtwerke. So können wir Ökostrom für alle erzeugen, zu sozial fair gestaffelten Tarifen.

Die örtlichen Stromnetze und die Stadtwerke gehören weiterhin in städtische Hand.

Die Stadtwerke sollen regenerative Energieerzeugung vor Ort und in der Region vorantreiben. Ziel kommunaler Politik muss die Ausstattung aller geeigneten Dächer mit Photovoltaikanlagen sein. Nur 6,8 Prozent des Photovoltaikpotenzials auf Dächern und 0,1 im Freiland wird in Lippstadt bisher genutzt. [14]

Öffentliche Gebäude wie Schulen sind mit ökologischen Stoffen energetisch zu sanieren und die Dachflächen für Solaranlagen zu nutzen. Das Verbot von Solaranlagen in der Altstadt soll aufgehoben werden.

Neue städtische Gebäude wie das Stadthaus sollen mindestens nach Effizienzstandard KfW 55 (Niedrigenergie) und nach Möglichkeit mit PV-Anlage, Geothermie und Begrünung gebaut werden. Es ist sehr gut, dass die Stadt ihren Strombezug auf den Grünstromtarif der Stadtwerke umgestellt hat. Der Fuhrpark der Stadt ist auf ökologische Antriebe umzustellen.

Es ist uns wichtig, dass der Windpark in Lohe gesichert ist. Repowering muss möglich bleiben. Erneuerbare Energie wie Windkraft soll weiter gefördert werden. Abstandsregelungen zur Bebauung

dürfen nicht pauschal akzeptierte Standorte gefährden. Nur 11 Prozent des Windkraftpotenzials wird in Lippstadt bisher genutzt, die Ausweisung weiterer Windenergieparks ist zu prüfen. [14]

Für eine stabile Energieversorgung mit erneuerbaren Energien ist Bioenergie Aufgrund von Speichermöglichkeiten und flexibler Steuerung zwingend erforderlich. Biomüll ist zur Biogaserzeugung zu nutzen. Wärmekonzepte auf Basis der Bioenergie sollten in der kommunalen Städteplanung berücksichtigt werden (z.B. Biogas-BHKW).

Die Stadtwerke sollen einen Plan entwickeln, wie sie innerhalb der kommenden zehn Jahre ausschließlich hochwertigen Öko-Strom anbieten können. DIE LINKE fordert die sofortige Beendigung der Atomwirtschaft und der Braunkohleverstromung.

Den sozialpolitischen Auswirkungen jeder vorgeschlagenen Klimaschutz-Maßnahme muss Rechnung getragen werden und, wenn nötig, mit einem gerechten Ausgleich verbunden sein.

Wir wollen erschwinglichen Strom für alle. Daher fordert DIE LINKE einen Strom-Sozialtarif für einkommensschwache Bürger\*innen, um den wachsenden Ungleichheiten bei der Energieversorgung entgegenzuwirken und das Recht auf Strom für alle zu verwirklichen. Wir wollen einen kostenlosen Stromsockel zur Grundversorgung für Privathaushalte. Der Strom oberhalb des Grundkontingents würde entsprechend teurer. Haushalte mit geringem und mittlerem Stromverbrauch sowie Familien würden entlastet, Vielverbraucher belastet. [15]

Die Fraktion DIE LINKE hat in der letzten Wahlperiode erfolgreich ein Verfahren angeregt, mit dem Stromabschaltungen bei Zahlungsrückständen in Abstimmung von Stadt, Jobcenter und Stadtwerken vermieden werden. [16]

## **Kapitel 7:**

### **Verkehr - ökologisch und sozial!**

Wir brauchen eine sozial-ökologische Mobilitätswende, die alle Menschen mitnimmt und unser Klima schützt. DIE LINKE will deutlich weniger Lärm, weniger Abgasbelastungen und weniger Flächenverbrauch durch den motorisierten Individualverkehr.

Die bisherigen Klimaziele [17] der Stadt sind unzureichend. Der Anteil des Fußverkehrs am Verkehrsaufkommen soll binnen 18 Jahren nur um 0,9 Prozentpunkte steigen; beim Radverkehr nur um +3,6 und beim ÖPNV nur um +1,1 Prozentpunkte. Das reicht nicht! Wir wollen den Fuß- und Radverkehr sowie den ÖPNV deutlich attraktiver machen. Es gibt immer mehr Senior\*innen und immer mehr Altersarmut. Auch deshalb muss das Busangebot verbessert werden.

Der Verkehr zu Fuß, mit dem Rad, mit Bus & Bahn und dem (ökologisch angetriebenen) Auto sollte gut vernetzt werden. Dazu gehören beispielsweise abgestimmte Taktzeiten und Fahrpläne, Mobilitätsstationen, Leihräder, Carsharing, Park-&-Ride-Plätze mit (kostenlosen) Shuttles, Bike-&-Ride-Plätze, Micro-Hubs für den Lastentransport, Mitfahrgelegenheiten, E-Auto-Ladestation und BIOMethan- bzw. CNG-Tankstellen.

Wir brauchen innerorts mehr Tempo 30 und Geschwindigkeitskontrollen zum Schutz der Anwohner\*innen, von Schüler\*innen und Kindern. Tempo 30 soll für ganze Straßen und Gebiete gelten und nicht nur zeitweise oder in kleinen Abschnitten vor Schulen und Kindergärten. Unser Antrag zum Beispiel für die ganze Pappelallee

und Nußbaumallee Tempo 30 vorzusehen, auch weil dort auf der Strecke mehrere Schulen, Kindergärten und ein Jugendtreff sind, wurde abgelehnt.

Die Kommunen müssen einerseits mehr Kompetenzen bekommen, Geschwindigkeitsbeschränkungen festlegen zu dürfen. Andererseits müssen die lokale Politik und Verwaltung auch den Mut und die Kreativität haben, Lösungen zu finden, und sei es über Verkehrsversuche und Modellprojekte. In der Altstadt hat es mit einem Verkehrskonzept ja auch geklappt, Tempo 30 anzuordnen.

Wir fordern perspektivisch innerorts 30 Kilometer/Stunde als Regelgeschwindigkeit in der Straßenverkehrs-Ordnung. Auf Hauptverkehrsstraßen sowie Ein- und Ausfallstraßen darf weiter Tempo 50 gefahren werden.

DIE LINKE will den autoverkehrsberuhigten Bereich der Lippstädter Altstadt deutlich ausweiten ("autoluw" nach Vorbild der Niederlande). Bei der Verkehrsberuhigung in der Stadt sollen auch Superblocks-Konzepte geprüft werden. [18]  
Innerhalb einer Superblock-Zone gelten Vorrang für Fußgänger\*innen und Fahrradfahrende sowie starke Beschränkungen für den Kfz-Verkehr. Außerhalb und zwischen den Superblocks kann der Verkehr normal fließen.

Um dem Fußverkehr einen höheren Stellenwert einzuräumen, wollen wir:

- breite, sichere und beleuchtete Gehwege,
- die Sichtbarkeit von Fußgänger\*innen im Straßenraum verbessern und deren Sicherheit erhöhen,
- Knotenpunkte zum Schutz von Fußgänger\*innen (und Radfahrer\*innen) wie in den Niederlanden oder Dänemark gestalten, zum Beispiel mit durchgängigen Fußwegen an Kreuzungen auf gleicher Höhe,
- Plätze, Wege und Überwege barrierefrei gestalten,
- mehr Zebrastreifen, weniger Hochborde und weniger Kopfsteinpflaster (zumindest barrierefreie Korridore),
- ausreichend Sitzmöglichkeiten und (Behinderten-)WCs in der Altstadt und in Parks,
- zum Beispiel die Woldemei baulich (und barrierefrei inklusive taktile Bodenleitsysteme für Sehbehinderte) umgestalten und nicht nur wie bisher die Markierungen und Schilder ändern,
- zum Beispiel den Marktplatz neu gestalten mit Verbesserung der Fuß- und Radwegeverbindung (Achse Helle Halle / Mühlenpfad),
- den nahezu autofreien Bereich der Altstadt ausweiten und die Querverkehre über die Lange Straße reduzieren sowie
- straßenbegleitendes Parken gegebenenfalls zugunsten der Sicherheit, der Aufenthaltsqualität sowie des Rad- und Fußverkehrs zurücknehmen.

Wir möchten dem Radverkehr langfristig so komfortabel gestalten wie in den Niederlanden oder in Kopenhagen:

- Radwege nicht nur für Freizeit und Tourismus: Fahrradrouten für den Alltag schaffen, damit so viele Wege wie möglich bis etwa 20 Kilometern Länge problemlos per Rad erledigt werden können.
- Neue Radwege, Fahrradstraßen und Radschnellwege sollen her und miteinander über Knotenpunkte verbunden werden.

- Je nach Art der Straßen sind Schutzstreifen, Radfahrstreifen, geschützte Radfahrstreifen oder bauliche Radwege nötig.
- Eine bauliche Abgrenzung vom restlichen Straßenverkehr ist an größeren Straßen nötig.
- Radwege dürfen nicht fremdgenutzt werden.
- Die Sichtbarkeit von Radfahrenden im Straßenraum ist zu verbessern und deren Sicherheit erhöhen.
- Kreuzungen sind mit Fahrradaufstellflächen, vorgezogenen Haltelinien und Hindernisfreiheit zu gestalten.
- Fahrradverkehr mit eigenen Ampeln und eigenen Ampelphasen (in der Regel gleichberechtigt Grünlicht mit dem Kfz-Verkehr statt "Bettelampeln") ausstatten.
- Es müssen deutlich mehr Fahrradständer aufgestellt werden.
- Ausbau und Sicherung des Betriebs der Radstation am Bahnhof müssen gewährleistet sein.
- Die Mängelliste des ADFC ist zügig abzarbeiten.

Wir wollen den öffentlicher Personennahverkehr ausbauen:

- Das Busangebot abends, am Wochenende und für die Ortsteile ist auszuweiten. Die Taktung ist zu verbessern. Wir brauchen neue Busbeschleunigungsmaßnahmen.
- Das AnrufSammelTaxi (AST) ist eine Ergänzung des ÖPNV-Angebotes, aber kein Ersatz für ein gutes Busangebot. AST darf keine Ausrede sein, das Busangebot nicht auszubauen.
- Der Bahnhof Lippstadt, der zentrale Busbahnhof und der Bahnhof Dedinghausen sind deutlich aufzuwerten und mit Mobilitätsstationen im Stadtgebiet zu vernetzen.
- DIE LINKE fordert ein kreisweites 365-Euro-Ticket (Monatskarte 30 Euro) für alle sowie ein kreisweites Sozialticket für EmpfängerInnen von Sozialleistungen und andere ebenso einkommensschwache Menschen (Monatskarte 15 Euro ohne Abo-Zwang). Zudem soll es ein kreisweites kostenloses Schülerticket geben. Perspektivisch soll der ÖPNV für alle Nutzer\*innen kostenlos sein.
- ÖPNV-Fahrzeuge und Haltestellen müssen barrierefrei sein.
- Wir fordern klimaneutrale Fahrzeuge, die nicht mehr mit fossilen Brennstoffen betrieben werden.
- DIE LINKE begrüßt die Reaktivierung der Bahnstrecke Münster-Sendenhorst, und wir wünschen uns die Ausweitung über Lippstadt bis nach Warstein auch für den Personenverkehr.

So wollen wir den motorisierten Verkehr gestalten:

- Verkehrsentlastung durch den baldigen Bau der Südtangenten-Trasse über das Uniongelände (inklusive Unterführung Weissenburger Straße und leistungsfähiger Anbindung der Rixbecker Straße) gehört zusammen mit Verkehrsberuhigung in der Altstadt.
- Durchgangsverkehre durch die Altstadt vermeiden und kanalisieren.
- Park-&-Ride- (und Bike-&-Ride-Plätze) einrichten und gut an den Nahverkehr anbinden.
- Um Anwohner\*innen, Kinder und alte Menschen zu schützen, will DIE LINKE die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 Kilometer/Stunde ausweiten und mehr Kontrollen. Auf Hauptverkehrsstraßen sowie Ein- und Ausfallstraßen darf weiter Tempo 50 gefahren werden.
- Abbiegespiegel an Keuzungen installieren.
- Tonnagebeschränkungen für den Lkw-Verkehr wollen wir erhalten und ausweiten.
- Der Lieferverkehr hat enorm zugenommen: Wir fordern die Einrichtung von Micro-Hubs als innerstädtische Zwischenlager, eine Auslieferung zum Kunden per Lastenfahrrad sowie weiteren ökologisch vertretbaren Verkehrsmitteln.
- Mehr Kreisverkehre insbesondere in den Ortsteilen.

- Kommunale Fahrzeugflotten müssen ökologisch umgerüstet werden.

Sozial-ökologische Verkehrspolitik in unserem Sinne wird in Lippstadt bisher viel zu wenig gemacht. Aber es gibt Fortschritte: Wir freuen uns über das "Integrierte Mobilitätskonzept" mit zum Beispiel Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs (Lückenschluss in der Cappelstraße) und Tempo 30 in der Altstadt.

Auf Antrag der LINKEN hat der Bau-, Umwelt- und Verkehrsausschuss im März 2020 beschlossen, dass Radfahrer\*innen an allen Ampeln automatisch gemeinsam mit den Autofahrern Grünlicht bekommen sollen – und nicht erst nach Knopfdruck.

Mit Fahrradaktionstagen bzw. Aktionen für ökologische Mobilität, wie zum Beispiel einem autofreien Tag in der Innenstadt kann für den Klimaschutz geworben werden.

### **Kapitel 8:**

## **Altstadt mit Qualität: Lebendig und attraktiv!**

DIE LINKE will eine lebendige Altstadt ohne dauerhafte Leerstände. Handel und Dienstleistungen brauchen ein attraktives Umfeld, das die Menschen anzieht. Öffentliche und kulturelle Einrichtungen gehören in die Innenstadt und beleben sie genauso wie kulturelle Veranstaltungen vom Rathausplatzfestival bis zum Altstadtfest. Wir wollen ein sauberes Stadtbild, Bäume und Grün, ausreichend Bänke, Kunst und Kultur in der City. Dazu gehört auch ein Bürger- und Kulturzentrum in der Altstadt oder in Altstadtnähe.

Den Fußverkehr und die Aufenthaltsqualität in der Altstadt sind (etwa nach Vorbild der Lange Straße Nord) zu verbessern. Zum Beispiel der Marktplatz soll neu gestaltet werden mit Verbesserung der Fuß- und Radwegeverbindung (Achse Helle Halle / Mühlenpfad).

Die nahezu autofreien Bereiche in der City sind zu erweitern. Wir wollen prüfen lassen, die Querverkehre über die Lange Straße zu reduzieren. Die Altstadt muss besser mit dem Fahrrad und dem Bus erreichbar sein, auch abends. Der Busverkehr könnte in der Adventszeit und bei Volksfesten kostenlos sein.

Inhabergeführte kleine Geschäfte sind das Salz in der Suppe. Zentrenrelevanter Einzelhandel ist zu schützen und gehört in die City und nicht auf die grüne Wiese und in die Gewerbegebiete. Die Werbesatzung und die Gestaltungssatzung sorgen für ein attraktives Stadtbild.

Wir treten ein für verlässliche Kernöffnungszeiten in der Langen Straße und der übrigen Innenstadt. Vier auf die Altstadt beschränkte verkaufsoffene Sonntage im Jahr sind genug. Die Ausweitung auf fünf verkaufsoffene Sonntage ist zurück zu nehmen.

Es sollte einen Online-Marktplatz [19] für lokale Händler geben. Kunden können Produkte von lokalen Händlern einfach und schnell online bestellen, liefern lassen oder im Geschäft abholen.

Für den Fall einer Nachnutzung des Postgeländes soll dort eine städtebaulich vertretbare und baurechtlich zulässige Wohnbebauung erfolgen. Das trifft für die privaten Pläne für das sogenannte Wohnschiff nicht zu. Wir wollen keine Luxusimmobilien-Siedlungen.

Das Uniongelände am Rand der Altstadt bietet die Chance, in Zukunft eine gemischte Nutzung mit Wohnen, Gewerbe und Kultur zu schaffen.



## **Kapitel 9: Sozial-ökologische Stadtentwicklung**

DIE LINKE tritt ein für eine kleinteilige Mischung aus Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Kultur und Einkaufen in Lippstadt. Das Leitbild für die Stadtentwicklung ist für uns der „Ort der kurzen Wege.“ Das beinhaltet gute und nahe Angebote an Kindertagesstätten, Schulen, Ärzten, Einkaufs-, Sport- und Freizeitmöglichkeiten sowie gute öffentliche Verkehrsverbindungen. Wir wollen eine inklusive, barrierefreie, grüne Stadt, die ihre historischen Schätze und Bauten bewahrt. In den Ortsteilen sind gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen. Die Attraktivität des Kurortes Bad Waldliesborn ist zu erhalten und zu verbessern.

Bessere Nahversorgung statt Konzentration der Versorgungsstandorte ist unser Ziel. Großflächigen Einzelhandel, wie er für das Gelände Am Waldschlößchen geplant war, lehnen wir auch in Zukunft ab. Flächendeckend gute Nahversorgungsangebote unterstützen die selbständige Lebensführung auch im Alter.

Industrie und Gewerbe sollen sich am Stadtrand, Am Wasserturm und im Bereich der Erwitter Straße entwickeln. Frischluft-Korridore wie den Weihewinkel wollen wir erhalten. Die Rixbecker Feldflur und der Weihewinkel bleiben grün. Wir sind dagegen, dort Gewerbegebiete auszuweisen.

Nach Möglichkeit sollen für die Neuansiedlung von Gewerbe und Industrie vorrangig gewerbliche Brachflächen genutzt werden.

Da Gewerbeflächen knapp sind, ist darauf zu drängen, Gewerbebauten wenn möglich mehrstöckig zu bauen.

Die Kosten von Altlastenbeseitigung dürfen nicht der Allgemeinheit aufgebürdet werden.

Kommunale Flächen sollen möglichst durch Erbpacht statt Verkauf genutzt werden, um den kommunalen Einfluss zu erhalten.

## **Kapitel 10: Gesunde Umwelt in einer grünen Stadt an der Lippe**

Städtisches Grün ist zu erhalten und aufzuwerten wie der Kurpark in Bad Waldliesborn oder der Theodor-Heuss-Park im Südwesten. Öffentliche Grün- und Freiflächen sind besonders wichtig in Gebieten mit dichter Bebauung und in benachteiligten Sozialräumen.

Hitzeinseln sollen vermieden werden durch mehr Grün und mehr Bäume. Die Stadt soll Angebote machen, wo Bürger\*innen zusätzliche Bäume für den Klimaschutz pflanzen können.

DIE LINKE fordert die Wiedereinführung der Baumschutzsatzung: Es sollte zumindest Ersatz für gefällte Bäume gepflanzt werden.

### **ARTENSCHUTZ**

Es sollen konkrete Konzepte zur Erhaltung der Artenvielfalt in Lippstadt entwickelt werden. Grünbereiche, Biotope und Naturschutzgebiete sind zu vernetzen.

Wir sind dafür, dass die Stadt Lippstadt am Labeling-Verfahren „StadtGrün naturnah“ [20] teilnimmt. Wir wollen naturnahe Grünflächengestaltung und den Artenreichtum fördern.

Verkehrsinselfen und das verkehrsbegleitende Grün sollen als Lebensraum für wilde, heimische Blühpflanzen und Insekten extensiviert werden. In Parks und Freiflächen werden Blühwiesen angelegt.

Die Wegebeleuchtung ist zu verbessern, aber energiesparend und insektenschonend zu gestalten.

## STEINGÄRTEN

Die Kommunalpolitik soll der zunehmenden Versiegelung in privaten Vorgärten durch geeignete Satzungen und Bebauungspläne entgegenwirken. Die Stadtverwaltung soll dafür werben, Schottergärten zu entsiegeln. Wir wünschen uns grüne Vorgärten statt Stein und Schotter und ökologisch verträgliche Wohngrundstücks-Einfriedungen: eher Hecken als mit hohen Mauern oder Gabionen eingefasste Wohngrundstücke und Gärten. Sichtschutz muss möglich sein.

## ABFALL, ABWASSER & LUFTVERSCHMUTZUNG

DIE LINKE setzt auf faire und ressourcenschonende Produktion und entsprechenden Handel, auf eine regionale Kreislaufwirtschaft ohne unnötige Transportwege, auf die Vermeidung von Abfall, die drastische Reduzierung von Plastikverpackungen und Einwegprodukten.

Wir sind für Coffee to go im Pfandbecher, Mehrweg und Geschirrmobil statt Einweggeschirr und für die Prüfung des Verbots umweltschädlicher Einwegverpackungen bzw. deren Verteuerung durch Steuern und Abgaben. [21]

DIE LINKE ist dafür, die Sperrmüllabfuhr zumindest testweise oder - ab und zu - wie früher straßenweise zu einem bestimmten Abholtermin ohne Anmeldung durchzuführen. Vielleicht gehen damit auch die Ablagerung von wildem Müll an den Sammelcontainern zurück.

Angesichts des vermehrten Auftretens von Starkregenereignissen ist die Dimensionierung der Kanalisation zu prüfen und ggf. zu verbessern.

Feuerwerk um Kirchen, Krankenhäuser, Kinder- und Altersheime, Holzhandlungen, Baumärkte, Tierheime, Tankstellen und Fachwerkhäuser wollen wir einschränken. Umweltfreundliche Alternativen etwa zum Herbstwochen-Feuerwerk sind zu prüfen (z. B. Lasershow, LED-Drohnen).

## HAUSTIERE

Die realen Kosten des Lippstädter Tierheims sollen von den Kommunen übernommen werden.

DIE LINKE will die Hundesteuer sozialer gestalten. Menschen mit einem (nicht gefährlichen) Hund, die von Sozialleistungen leben oder ein ähnlich kleines Einkommen haben, sollen weniger Hundesteuer als bisher zahlen.

Auf Anregung von Hundehalter\*innen stellten wir den Antrag, die einzige städtische Hundewiese im Grünen Winkel an der Esbecker Straße einzuzäunen und zusätzliche Hundewiesen zu schaffen. Leider wurde dies abgelehnt. DIE LINKE fordert weiterhin kommunale Hundewiesen!



**Kapitel 11:****Politik & Verwaltung: Dienstleistung für die Menschen****Bürgerbeteiligung**

DIE LINKE Ratsfraktion Lippstadt weist Bürger\*innen immer wieder auf die formalen Beteiligungsmöglichkeiten nach Gemeindeordnung und Hauptsatzung hin und hilft, Eingaben zu machen - auch wenn wir das vorgebrachte Anliegen inhaltlich nicht teilen oder noch nicht geprüft haben. Wir haben erreicht, dass diese Möglichkeiten verbessert wurden: So können Bürger\*innen im Haupt- und Finanzausschuss zu ihren Anregungen und Beschwerden reden. DIE LINKE schlägt für die nächste Wahlperiode die Bildung eines Ausschusses für Bürgerbeteiligung vor.

Die Bürgerbeteiligungs-Kommission ist am Ausstieg mehrerer anderer Fraktionen gescheitert. Das ist sehr schade. Es wurde nicht wie mehrfach besprochen mit den Bürger\*innen zusammen ein Bürgerbeteiligungskonzept entwickelt.

DIE LINKE ist für umfangreiche Bürgerbeteiligung der Stadt etwa durch aktive Befragungen, Projekte und Workshops. Sozial Benachteiligte und Berufstätige müssen aktiv einbezogen werden.

Das Klimabündnis soll zivilgesellschaftliche Aktivitäten für den Klimaschutz voranbringen, aber auch politische Entscheidungen befördern.

**Demokratie geht vom Volke aus**

Außerparlamentarische Politik ist legitim. Amts- und Mandatsinhaber\*innen sollen dem Volk dienen und sind nichts "besseres". Wenn Bürger\*innen sich mit Eingaben, Anträgen, Unterschriftensammlungen oder durch Demonstrationen an Politik und Verwaltung wenden, dann nehmen wir dies ernst und wollen Bürger\*innen, wenn das Anliegen dem Gemeinwohl dient und sich verwirklichen lässt, beistehen.

Für DIE LINKE sind die Kräfte der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften, der neuen sozialen Bewegungen, der Bürgerrechtsbewegung, des Feminismus, der Ökologie- und der Friedensbewegung wichtige positive Bezugspunkte und Partnerinnen.

Wenn es Vorhaben der Stadt Lippstadt gibt, die in der Bevölkerung sehr kontrovers aufgenommen werden, dann befürworten wir Bürgerentscheide wie 2008 zum Güterbahnhof. Die Instrumente der direkten Demokratie müssen verbessert und die Hürden gesenkt werden.

**Transparente Politik**

Rat, Ausschüsse, Beiräte und Kommissionen sollen grundsätzlich öffentlich tagen. Wir wollen, dass es nicht zu viele Kommissionen und Arbeitskreise gibt.

Bürger\*innen haben das Recht auf Informationen von Behörden und öffentlichen Unternehmen. Diese müssen - von sich aus - sämtliche öffentlichen Daten und Informationen wie Verträge, Treffen mit Interessenvertreter\*innen oder Gutachten in einem Transparenzportal online veröffentlichen. Bürger\*innen können so leichter an demokratischen Prozessen teilhaben.

DIE LINKE will bessere demokratische Kontrolle der städtischen Gesellschaften, und dass Rat und Ausschüsse mehr beteiligt werden und Einfluss haben.

### **Nie wieder Faschismus!**

Links bedeutet für mehr Demokratie einzutreten. Wir wollen Menschenrechte und Demokratie ausbauen und verteidigen. Deshalb steht DIE LINKE auf der Seite des antifaschistischen Widerstandes gegen neue und alte Faschisten. Wahlkämpfe dürfen nicht auf dem Rücken von Migrant\*innen, Geflüchteten und anderen Minderheiten ausgetragen werden. Lippstadt soll weltoffen und bunt sein, nicht braun. DIE LINKE würde im Stadtrat nicht mit neuen Rechten, Faschisten und Rassisten zusammenarbeiten und ihren Anträgen nicht zustimmen.

### **Demokratische Beteiligung in Gremien**

Den Gleichstellungsbeirat, den Seniorenbeirat und den Integrationsrat wollen wir erhalten und stärken.

DIE LINKE will ein Kinder- und Jugendparlament. Das Projekt Schülerhaushalt soll kontinuierlich fortgeführt werden.

Der Stadtsportverband, der Kulturrat sowie Beschäftigten- und Elternvertreter\*innen von Kita-Kindern und Schüler\*innen sollen in demokratischen Gremien beteiligt werden.

### **Aufwandsentschädigungen**

Ärgerlich ist die vermeidbare Einführung einer zusätzlichen monatlichen Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende und das sogar für Ausschüsse, die nur wenige Male im Jahr tagen. Diese zusätzlichen Ausgaben, die zudem nur den Mitgliedern der großen Fraktionen zugutekommt, finden wir falsch. Abgelehnt hat DIE LINKE auch die Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die Mitglieder des Verwaltungsrates der Stadtentwässerung AöR (Anstalt des öffentlichen Rechts).

### **Verwaltung**

Es gibt einen Wettbewerb der Kommunen um gutes Personal. Die Stadt kann in diesem Wettbewerb nur mit guten Löhnen, Gehältern und Arbeitsbedingungen bestehen. Es soll über Bedarf ausgebildet werden. Interne Fachkompetenz ist zu pflegen, statt abhängig von externen Dienstleistern zu werden. Es müssen genug Fortbildungen durchgeführt werden. Die Personalbemessung bei der Stadt ist weiter mehr als auf Kante genäht. Auf dem Überstundenberg türmen sich über 90.000 Stunden. Hier ist gegenzusteuern. Die Vorschläge von Belegschaft und Personalrat müssen gewürdigt werden.

Nach Möglichkeit sind mehr Frauen bei der Stadt zu beschäftigen, auch in "Männerberufen." Teilzeitmodelle und flexible Arbeitszeiten sollen nach Wunsch der Beschäftigten angeboten werden.

Beschäftigungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose sollen geschaffen werden (freiwillig, tariflich vergütet und mit Qualifizierungsmöglichkeiten). Es darf keine unsicheren Beschäftigungsverhältnisse bei der Stadt geben.

Die Privatisierung öffentlicher Aufgaben und städtischer Gesellschaften lehnt DIE LINKE ab. Öffentliche Aufträge sollen nach Möglichkeit tarifliche Bezahlung, Regionalität, Inklusion und den Umweltschutz fördern.

### **Stadthaus**

DIE LINKE hat grundsätzlich für den Stadthaus-Neubau gestimmt. Es ist kein haltbarer Zustand, dass die Verwaltung über das Stadtgebiet verstreut und schlecht untergebracht ist. Um gutes Personal zu gewinnen und zu halten, braucht es gute Arbeitsbedingungen, dazu gehören natürlich auch die Arbeitsstätten.

Es ist schon lange kein haltbarer Zustand, dass die Stadt Lippstadt kein zentrales Bürgerservicebüro hat und nicht alle Gebäude barrierefrei erreichbar sind. Diese Anforderungen sind nur mit einem Neubau für die gesamte Verwaltung unter einem Dach zu realisieren. Das Stadthaus sollte mit Erdwärme, Solaranlage und Begrünung möglichst klimaneutral werden.

### **Digitalisierung**

Lippstadt soll eine Smart City werden. In einer Smart City werden moderne Technologien aus den Bereichen Energie, Mobilität, Stadtplanung, Verwaltung und Kommunikation so miteinander vernetzt, dass sich die Lebensqualität für die Bewohner\*innen steigert. Kommunale Infrastruktur und die Daten der Bürger\*innen sind vor privaten Profitinteressen zu schützen.

Der Ausbau von digitaler Infrastruktur geht in Deutschland zu langsam voran. Die Anbindung aller Haushalte und Unternehmen, ob in der Stadt oder auf dem Land, ist notwendig, um die Gleichheit der Lebensverhältnisse gewährleisten zu können.

Die Stadt Lippstadt hat Mittel bereitgestellt für den Breitbandausbau unterversorgter Einzellagen, Krankenhäuser, Schulen und Gewerbegebiete. Zudem wurde ein Konzept zum Breitbandausbau der städtischen Schulen beschlossen.

In die Internetseite [lippstadt.de](http://lippstadt.de) ist deutlich mehr Aufwand zu investieren. Die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen kann für Einwohner\*innen und Unternehmen eine große Entlastung bedeuten, weil weite Anfahrten oder lange Wartezeiten entfallen. Breite, niedrigschwellige Angebote unter hohen Datenschutzstandards müssen daher deutlich ausgebaut werden. Gleichzeitig ist darauf zu achten, dass Menschen ohne Zugang zu digitalen Technologien nicht von den öffentlichen Dienstleistungen der Kommune ausgeschlossen werden.

### **Feuerwehr**

Der 2018 vorgelegte Brandschutzbedarfsplan ist ein langer Mängelkatalog. Dass die Feuerwehr trotz der ganzen Mängel funktioniert, ist dem Engagement der Feuerwehrfrauen und -männer zu verdanken.

In der Hauptwache beispielsweise fehlt der Voralarm, es gibt keine Rutschstangen und es fehlt eine Ampelanlage für die Ausfahrt. Die Torsteuerung ist auch nicht in Ordnung. Ohne diese Mängel wäre die Feuerwehr 90 Sekunden schneller am Einsatzort!

An den anderen Standorten fehlen Lagerräume, Duschen, Umkleiden, Druckluftherhaltung, Abgasabsaugung, funktionstüchtige schnelle Toranlagen, Notstromeinrichtungen etc.

Die Mängel müssen abgestellt werden!

Mit dem Stadthaus-Neubau wird das alte Stadthaus-Gelände frei für Wohnbebauung. Für die Hauptwache muss ein neuer geeigneter Standort gefunden werden.

## **Geschlechtergerechtigkeit**

Die Geschlechtergerechtigkeit, die wir wollen, geht die ganze Gesellschaft etwas an, und betrifft die Gleichstellung von Frauen, Männern, Transmenschen und Intersexuellen gleichermaßen.

Der Gleichstellungsbeirat und die Gleichstellungsbeauftragte soll gegenüber Politik und Verwaltung gestärkt werden.

Es sollen mehr Frauen im öffentlichen Dienst beschäftigt werden.

DIE LINKE fordert gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Die Ungerechtigkeit, dass Frauen über 20 Prozent schlechter bezahlt werden als Männer, ist zu beseitigen.

Schutz und qualifizierte Hilfe in Bedrohungs- und Gefährdungssituationen durch Stellen wie Frauenhäuser und andere Schutzräume sowie Beratungsstellen muss sichergestellt sowie unbürokratisch und bedarfsgerecht zur Verfügung stehen.

## **Stadtmarketing**

Der Zusammenführung von Kultur und Werbung, Stadtmarketing und Tourismus für die ganze Stadt inklusive Bad Waldliesborn stimmen wir zu.

Die Schaffung der Stelle des Kulturmanagers und das Tourismuskonzept für die gesamte Stadt Lippstadt hat DIE LINKE im Stadtrat befürwortet.

Der Erhalt und die Stärkung des Kurortes Bad Waldliesborn durch Einführung des Fremdenverkehrsbeitrages war durch die Bevölkerung gewünscht, und wir unterstützen dies.

Wir wollen nicht, dass die Stadt Unsummen an Steuergeldern ausgibt zur Entwicklung einer neuen Stadtmarke. Marken von Städten sind oft trivial und austauschbar. "Licht - Wasser - Leben" ist eine etablierte Marke. Darauf kann aufgebaut werden.

## **Sicherheit**

Rechte Gewalt und Terrorismus sind im Keim rechtsstaatlich zu ersticken. Reichsbürger und Faschisten müssen entwaffnet werden.

Videoüberwachung im öffentlichen Raum soll sehr sparsam eingesetzt werden. Die Lippstädter Bevölkerung darf nicht unter Generalverdacht gestellt werden.

Die Polizei und die Ordnungsbehörden sind für Sicherheit zuständig. Wir wollen nicht, dass die Stadt stattdessen private Sicherheitsdienste einsetzt.

Die Stadtverwaltung soll für eine saubere Stadt werben und darauf hinweisen, dass beispielsweise Hundekot, Zigarettenstummel und Kaugummi korrekt entsorgt werden.

Die Kontrollen von Parkvergehen auf Fuß- und Radwegen und in zweiter Reihe sollen verstärkt werden.

**Kapitel 12:****Für eine kommunale Finanzpolitik, die den Menschen dient**

**Die Kommunen leisten viel** für die Menschen: Schulen, Kindertagesstätten, Straßen, Radwege, Sozialarbeiter\*innen, Sporthallen und kulturelle Einrichtungen müssen bezahlt werden.

Der zentrale Grund für die oft schlechte Finanzsituation der Kommunen ist die **ungerechte Steuerpolitik auf Bundesebene**. Den Superreichen, ihren Banken und Konzernen wurden Steuergeschenke in Milliardenhöhe gemacht, die jedes Jahr in den öffentlichen Kassen fehlen. DIE LINKE will eine Steuerpolitik, die finanzschwache Haushalte sowie die Mittelschicht entlastet und das Geld von den extrem Reichen holt.

Durch die Einführung einer **Millionärssteuer**, die Reform der Erbschaftsteuer, eine gerechte Unternehmensbesteuerung und einen entschlossenen Kampf gegen Steuerflucht können die nötigen Mittel eingenommen werden.

Teil des **Steuerkonzeptes der Partei DIE LINKE** ist die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzsteuer. Alle privatwirtschaftlichen Einkünfte in einer Kommune würden erfasst und direkt besteuert werden – mit einem angemessenen Freibetrag für kleine Unternehmen.

**Den Kommunen werden nicht genug finanzielle Mittel bereitgestellt** für die Aufgaben, die sie von Bund und Land zugewiesen bekommen. Viele Kommunen sind deshalb hoch verschuldet und können für die Bürger\*innen kaum noch anbieten, wozu sie gesetzlich verpflichtet sind. Die Kommunalpolitik vor Ort ist dann entmachtet.

Lippstadt ging es in den letzten Jahren finanziell vergleichsweise gut. Aber auch hier wurden seit 2010 mit einem "**Haushaltsicherungsprogramm**" unter anderem die Nutzung von Volkshochschule, Musikschule, des Schwimmbades und der Bücherei für die Bürgerinnen und Bürger verteuert und den Zugang für Menschen mit geringem Einkommen damit erschwert.

Ursprünglich sollte mit dem Lippstädter "Haushaltsicherungsprogramm" ab 2010 sogar der Familienpass und der ÖPNV eingeschränkt werden. Die Geschwisterkinderermäßigung bei den Elternbeiträgen wollte die Verwaltung 2015 reduzieren. Damit solche Maßnahmen auch in Zukunft verhindert werden, bitten wir um Ihre Stimme!

Für die Jahre ab 2020 plant die Stadt mit **tiefroten defizitären Haushalten**. Haushalte mit Sozial- und Personalabbau wird DIE LINKE im Stadtrat ablehnen. **Kürzungen bei Bildung, Sozialem und Kultur müssen tabu sein!** Wir leisten dagegen Widerstand. Deswegen braucht der nächste Stadtrat eine starke LINKE.

**Wir wollen mehr soziale Gerechtigkeit** durch Korrekturen an der bisherigen Finanzpolitik in Lippstadt. DIE LINKE Ratsfraktion hat bei den jährlichen Haushaltsberatungen insbesondere beantragt,

- die Elternbeiträge nicht zu erhöhen (bzw. hat gegen Erhöhungen gestimmt),
- die Elternbeiträge für Geschwisterkinder abzuschaffen,
- die Einkommensgrenze bei den Elternbeiträgen anzuheben,
- den Familienpass auszubauen,
- die Entgelterhöhungen bei Volkshochschule, Musikschule, Bücherei und fürs Schwimmbad zurück zu nehmen und
- weggekürzte Soziale Gruppenarbeit und mobile Hilfen wieder einzuführen.

Zur **Gegenfinanzierung** hat unsere Fraktion beantragt, den Gewerbesteuer-Hebesatz um 10 Prozentpunkte auf 450 % zu erhöhen. Das ist die einzige sozialverträgliche Maßnahme zur deutlichen Verbesserung der Einnahmen. Die **Gewerbesteuer** ist die wichtigste originäre Einnahmequelle der Stadt. Zudem haben wir darauf gedrängt, die Gewinne der Stadtwerke und der Sparkasse an den Haushalt der Stadt abzuführen. *(Welche Anträge und Maßnahmen in Zukunft auch im Hinblick auf die Corona-Krise angemessen sind, muss entschieden werden, wenn aktuelle Zahlen auf dem Tisch liegen.)*

Die Änderungsanträge der LINKEN zum Haushalt waren bisher immer **durchgerechnet** und hätten **keine Defizite** verursacht. Unsere Änderungsanträge zum Haushalt wurden aber in der Regel vom Rat zurückgewiesen. Deshalb hat DIE LINKE im Stadtrat bisher keinem Haushalt zugestimmt. Da die Geschwisterkind-Elternbeiträge im Zuge der Haushaltsberatungen 2019 abgeschafft wurden, unser größter Erfolg bisher, haben wir uns zum Haushalt 2019 enthalten statt wie bisher dagegen zu stimmen.

Wohnen wird in Lippstadt durch eine zu hohe **Grundsteuer B** verteuert. DIE LINKE hat bisher immer gegen die Erhöhung der Grundsteuer B gestimmt. Wir haben stattdessen beantragt, sie (auf den vom Land festgelegten fiktiven Hebesatz) zu senken.

Wir sind dafür, die neue **Grundsteuer C** künftig in Lippstadt zu nutzen, um unbebaute, baureife Grundstücke mit einem erhöhten Steuersatz zu belegen und den Wohnraumbedarf künftig schneller zu decken.

**Gebühren sollen Kosten decken.** Gebührenhaushalte dürfen nicht wieder zur Haushaltsverbesserung missbraucht werden. Kalkulatorische Zinsen müssen gemessen am allgemeinen Zinsniveau maßvoll und vergleichbar mit anderen Kommunen sein. Der öffentliche Anteil soll angemessen hoch sein, um die Gebühren für Abwasser, Abfall, Straßenreinigung, Straßenbau und Friedhöfe für die Menschen günstig zu halten.

Lippstadt hat sehr viele Friedhöfe. Die **Friedhofsgebühren** fallen deshalb überdurchschnittlich aus. Die Friedhöfe sind zu einem hohen Anteil öffentliche Grünflächen und Parkanlagen, und deshalb muss der öffentliche Anteil am Gebührenhaushalt entsprechend hoch sein (grünpolitischer Anteil). Die Friedhöfe und die Gebührensatzung sollten neu geordnet werden. Insbesondere für Finanzschwache müssen günstige Bestattungsarten vorgehalten werden.

**Straßenbaubeiträge**, die von den Anliegern bezahlt werden müssen, lehnen wir ab. Die Straßenbaubeiträge sollten landesweit abgeschafft werden, und die Kommunen sollten einen finanziellen Ausgleich vom Land bekommen. Ohne unsere Stimmen im Rat wären die Straßenbaubeiträge in Lippstadt nicht so deutlich gesenkt worden.

DIE LINKE hat im Rat mit Erfolg die Überarbeitung der **Vergnügungssteuersatzung** angeregt. Tanzveranstaltungen sind seitdem steuerfrei, und die Steuer auf Spielautomaten wurde erhöht. Der Einführung der **Wettbürosteuer** haben wir zugestimmt.

Wir wollen die **Hundesteuer** sozialer gestalten. Menschen mit einem (nicht gefährlichen) Hund, die von Sozialleistungen leben oder ein ähnlich kleines Einkommen haben, sollen weniger Hundesteuer als bisher zahlen.

Im Kommunalwahlprogramm 2014 hat DIE LINKE gefordert, dass die **Zockerei mit Zinsderivaten** beendet und abgewickelt wird. Das ist geschehen. Der Schaden ist zwar groß, wird aber zumindest nicht noch schlimmer.

Um die liquiden Mittel der Stadt vor **Strafzinsen** zu schützen, sind wir damit einverstanden, diese an städtische Gesellschaften auszuleihen. Wir sind aber nicht einverstanden, die Mittel zwischenzeitlich in Fonds und Aktien nur mit B-Rating anzulegen. Die Anlagerichtlinie haben unsere Ratsmitglieder deshalb abgelehnt.

Die **Dispo- und Überziehungskreditzinsen** bei der Sparkasse Lippstadt wollen wir auf höchstens fünf Prozent oberhalb des Zentralbankzinssatzes beschränken.

Die bisher gute **Investitionskraft** der Stadt Lippstadt ist Grund zur Freude. Sie schafft Arbeit und eine gute Infrastruktur für die Menschen. Es konnte und kann massiv in Schulen, Sporthallen oder in den Erhalt des Stadttheaters investiert werden.

Es ist wichtig, das **Eigenkapital zu pflegen**. Mit dem Rasenmäher über den Haushalt zu gehen, wie es für 2016 beschlossen wurde, und insbesondere bei der Gebäudeunterhaltung zu kürzen, ist ein Irrweg. Instandsetzungen und Reparaturen werden dann später nur teurer!

DIE LINKE. Ortsverband Lippstadt  
c/o Michael Bruns  
Nußbaumallee 45  
59557 Lippstadt  
01707545045  
michael.bruns@die-linke-lippstadt.de  
www.die-linke-lippstadt.de  
www.facebook.com/die.linke.lippstadt/



## **Fußnoten**

[1] Das LINKE Konzept für einen demokratischen Sozialstaat der Zukunft (DIE LINKE)  
<https://www.die-LINKE.de/partei/parteistruktur/parteivorstand/2018-2020/beschluesse/detail/news/das-LINKE-konzept-fuer-einen-demokratischen-sozialstaat-der-zukunft0/>

[2] Zahlen zur Kinderarmut  
<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-5412.pdf>

[3] "Hartz IV Regelsatz für Kinder: 2,92 Euro für Essen" (hartziv.org)  
<https://www.hartziv.org/news/20200211-hartz-iv-regelsatz-fuer-kinder-296-euro-fuer-essen.html>

[4] Wohnungsmarktberichte der Stadt Lippstadt  
<https://www.lippstadt.de/leben-in-lippstadt/wohnen/wohnungsmarktbericht/>

[5] Regionale Armutsquoten (Der Paritätische Gesamtverband)  
<https://www.der-paritaetische.de/schwerpunkt/armutsbericht/regionale-armutsquoten/>

Der Paritätische Armutsbericht 2019 (Der Paritätische Gesamtverband)  
<https://cloud.paritaet.org/index.php/s/YGZJWLJY5TQzZXM/download>

[6] Wegweiser Kommune (Bertelsmann Stiftung)  
<https://www.wegweiser-kommune.de/statistik/lippstadt+soziale-lage+2010-2017+tabelle>

[7] Arbeitsmarktberichte (Agentur für Arbeit Meschede-Soest)  
<https://www.arbeitsagentur.de/vor-ort/meschede-soest/statistik>

Statistiken auf lippstadt.de  
<https://www.lippstadt.de/wirtschaft/wirtschafts-standort-lippstadt/statistiken/statistiken/>

[8] "Wenn aus Scham die Rente zu gering ist" (DIW Berlin)  
[https://www.diw.de/de/diw\\_01.c.702623.de/nachrichten/wenn\\_aus\\_scham\\_die\\_rente\\_zu\\_gering\\_ist.html](https://www.diw.de/de/diw_01.c.702623.de/nachrichten/wenn_aus_scham_die_rente_zu_gering_ist.html)

[9] SEEBRÜCKE - Sichere Häfen (Mensch Mensch Mensch e.V.)  
<https://seebruecke.org/startseite/sichere-haefen-in-deutschland/>

Ratsbeschluss zu Sicheren Häfen vom 04.11.2020  
<http://buengerinfo.stadt-lippstadt.de/getfile.asp?id=122187&type=do>

[10] Kunstprojekt von Gunter Demnig zur Erinnerung an die Opfer der NS-Zeit  
<http://www.stolpersteine.eu/>

[11] Ratsbeschluss vom Wohnungsbau 05.11.2018  
[http://buengerinfo.stadt-lippstadt.de/vo0050.asp?\\_\\_kvonr=9112](http://buengerinfo.stadt-lippstadt.de/vo0050.asp?__kvonr=9112)

[12] Ratsbeschluss zum Klimanotstand 03.07.2019  
<http://buengerinfo.stadt-lippstadt.de/getfile.asp?id=120511&type=do>



[13] 1,5-Grad-Ziel (wikipedia.org)

<https://de.wikipedia.org/wiki/1,5-Grad-Ziel>

[14] "Grüner Strom: NRW hat viel ungenutztes Potenzial" (WDR)

<https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/erneuerbare-energien-situation-nrw-100.html>

[15] Energiepreise (Fraktion DIE LINKE im Bundestag)

<https://www.linksfraktion.de/themen/a-z/detailansicht/energiepreise/>

Antrag der Linksfraktion Bochum

<https://www.linksfraktionbochum.de/2020/01/linksfraktion-beantragt-strom-entlastungstarif/>

[16] Verfahren gegen Stromsperren in Lippstadt

<https://www.die-linke-kreis-soest.de/lippstadt/stadtrat-lippstadt/detail-rat-lp/news/unbuerokratische-hilfe-gegen-stromsperren0/>

[17] Klimaziele der Stadt Lippstadt (Stadtentwicklungsausschuss 10.10.2019)

[http://buergerinfo.stadt-lippstadt.de/vo0050.asp?\\_\\_kvonr=9473](http://buergerinfo.stadt-lippstadt.de/vo0050.asp?__kvonr=9473)

[18] Informationen zu "Autoluw" und "Superblock":

Superblock auf Seite 30 der ADFC-Broschüre "So geht Verkehrswende - Infrastrukturelemente für den Radverkehr"

[https://www.adfc.de/fileadmin/user\\_upload/Expertenbereich/Politik\\_und\\_Verwaltung/Download/adfc\\_radverkehr\\_infrastruktur\\_2019\\_sw\\_web.pdf](https://www.adfc.de/fileadmin/user_upload/Expertenbereich/Politik_und_Verwaltung/Download/adfc_radverkehr_infrastruktur_2019_sw_web.pdf)

Schematische Darstellung Superblock

<https://i1.wp.com/barcelonarchitecturewalks.com/web2018/wp-content/uploads/2016/05/superblock.jpg?w=1280&ssl=1>

"Autoluw: the (Nearly) Car-Free Streets of the Netherlands"

<https://youtu.be/GIXNVnftaNs>

[19] Beispiel für einen Online-Marktplatz-Anbieter:

<https://atalanda.com/>

[20] Labeling-Verfahren „StadtGrün naturnah“

<https://www.stadtgruen-naturnah.de/>

[21] "Tübingen besteuert als erste Kommune Einwegverpackungen" (welt.de)

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article205489727/Einwegverpackungen-Tuebingen-fuehrt-Verpackungssteuer-ein.html>